

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 48

vom 12. Dezember 2014  
Redaktion: Katja Richardt

## Soziales

98% der Hamburgerinnen und Hamburger fühlen sich in ihrer Stadt wohl  
Sozialbehörde stellt Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage vor ..... 3

## Gesundheit

BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!..... 6

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulbau erreicht 2014 Rekordniveau ..... 8

Neue Vertrauensperson für Hamburgs Schülerinnen und Schüler..... 13

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Erfolgreiche Arbeit der IBA wird in Wilhelmsburg fortgesetzt ..... 14

Neustart für das südliche Überseequartier..... 18

## Wirtschaft und Verkehr

Alsterufer wird zur Fahrradstraße ..... 23

Hamburg ist immer eine Reise wert 25 Jahre Hamburg Tourismus GmbH ..... 25

HPA schafft mehr Platz für Großschiffe ..... 26

## Wissenschaft und Forschung

Höchstdotierter deutscher Forschungspreis geht erneut an Hamburger Wissenschaftler ..... 28

## Kultur

St. Maximilian Kolbe-Kirche hat eine Zukunft  
Das Wilhelmsburger Gotteshaus wird saniert und nicht abgerissen..... 30

MKG erhält eine Million Euro für die Wiederherstellung der Historischen Turnhalle..... 32

## Datenschutz

29. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten Deutschlands in Hamburg .....	36
EuGH stärkt den Datenschutz .....	39

## Zur Information

Terminkalender .....	41
----------------------	----

8. Dezember 2014/basfi08

## **98% der Hamburgerinnen und Hamburger fühlen sich in ihrer Stadt wohl**

### **Sozialbehörde stellt Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage vor**

**Im Auftrag der Sozialbehörde hat das Projektbüro Angewandte Sozialforschung der Universität Hamburg eine Bevölkerungsumfrage zum „Zusammenleben in Hamburg“ durchgeführt. Ziel dieser Befragung waren die Analyse und die Bewertung des Standes der Integration und der Qualität des Zusammenlebens und des Zusammenhalts in der Stadt. Die Ergebnisse zeigen einerseits einen hohen Wohlfühlfaktor als Lebensgefühl in Hamburg und zugleich das Bedürfnis nach noch engerem Zusammenleben.**

Ein zentraler inhaltlicher Schwerpunkt des im Februar 2014 vorgelegten Integrationskonzeptes ist die Zielsetzung, den Zusammenhalt von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu stärken. Zugleich wird der Anspruch formuliert, Integration bzw. Integrationsfortschritte sichtbar und messbar zu machen. Die Bevölkerungsumfrage dient der Information darüber, welche Ansätze des Integrationskonzeptes fortgesetzt werden können und wo ggf. weiterer Handlungsbedarf ist. Die Bevölkerungsbefragung soll darüber hinaus eine bessere Planungsgrundlage insbesondere für die Präventionsarbeit zur Umsetzung des im November 2013 veröffentlichten Landesprogramms „Hamburg – Stadt mit Courage/Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ schaffen.

„Über die Ergebnisse der Befragung bin ich insgesamt sehr froh. Sie zeigen, dass sich nicht nur die allermeisten Hamburgerinnen und Hamburger in unserer Stadt wohlfühlen. Sie zeigt auch, dass die Durchmischung der Bevölkerung in den Stadtteilen von 94% der Bewohnerinnen und Bewohner begrüßt wird. Das ist auch vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Zahl ankommender Menschen ein gutes Zeichen für die Willkommenskultur in Hamburg. Dennoch dürfen wir in unseren integrationspolitischen Bemühungen nicht nachlassen.“, sagt Senator Detlef Scheele.

**Zentrale Ergebnisse** der Befragung sind:

Die Befragung konzentriert sich im ersten Teil auf Fragen zum Zusammenleben, also Kontakterfahrungen, Benachteiligungen und die Frage zur Integrationsverantwortung. Erfragt wurde darüber hinaus die jeweils individuelle Einstellung zu ausgewählten Personengruppen.

- Die befragten Hamburgerinnen und Hamburger fühlen sich wohl an ihrem Wohnort: 98% von ihnen gaben an, sich in ihrem Stadtteil und in der Hansestadt insgesamt wohl zu fühlen.

- 90% der Befragten sind der Ansicht, dass Deutsche und Zuwanderer in ihrem Stadtteil gut miteinander auskommen. 94% begrüßen es, wenn in ihrem Stadtteil Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.
- Die Ergebnisse zeigen, dass sich 55% der Deutschen noch mehr Kontakt zu Zuwanderern wünschen und sich mit 60% auch ein ähnlich großer Anteil der Zuwanderer mehr Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund wünscht.
- 52% der befragten Migrantinnen und Migranten bezeichnen sich selbst eher nicht als solche.
- Menschen mit Migrationshintergrund berichteten in 29% von Benachteiligungen bei Hamburger Behörden und in 28% bei der Wohnungssuche.
- Die Einstellungen zu Sinti und Roma sind insgesamt weniger positiv als zu allen anderen abgefragten Gruppen.
- Die Einstellungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich im Großen und Ganzen nicht sehr.

## **Fazit**

Senator Detlef Scheele: „Die Umfrage zeigt deutlich, dass Hamburg eine Stadt ist, in der Menschen aller Kulturen willkommen sind. Sie macht zugleich deutlich, an welchen Stellen wir gemeinsam noch etwas tun können, denn Rassismus und Vorbehalte sind nach wie vor in Teilen der Gesellschaft verankert.“

Zentrale Handlungsstrategien sind für uns nach wie vor die Einbürgerung, die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, der Abbau von Diskriminierung und die Förderung des Zusammenhalts. Der Abbau von Ressentiments gegenüber einzelnen Personengruppen funktioniert am besten über das persönliche Kennenlernen. Deshalb ist das ehrenamtliche Engagement in dieser Stadt von herausgehobener Bedeutung für das Zusammenleben in Hamburg.“

## **Folgen**

Es hat sich gezeigt, dass der zentrale Ansatz des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, jede Form der menschenverachtenden Abwertung von Gruppen zu bekämpfen, der richtige Weg ist. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Ausgrenzung ist wirksam und wird weiterhin finanziell gefördert. Bereits in 2014 wurden Mittel in Höhe von 100.000 Euro für niedrigschwellige Projekte bereitgestellt. Diese Förderung wird 2015/16 fortgesetzt.

Neben dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, in dem staatliche und nicht-staatliche Organisationen miteinander zusammenarbeiten, dem Mobilen Beratungsteam, das Betroffene berät, hat zwischenzeitlich auch ein Projekt zur Präventionsarbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen seine Arbeit aufgenommen.

Das Grundschema lässt sich auch bei der Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus anwenden. Mit dem Erstarken des sog. Islamischen Staates steht zu befürchten, dass die Islamfeindlichkeit zunimmt. Der Abbau antimuslimischer Diskriminierung ist daher ein weiterer Schwerpunkt: Zielorientiert Projekte mit den muslimischen Religionsgemeinschaften (Schura, DITIB, VIKZ) und der Alevitischen Gemeinde sind bereits in Planung.

Den Zusammenhalt in Hamburg zu stärken, ist eine zentrale Forderung des Integrationskonzeptes. Insbesondere die Mitglieder des Integrationsbeirats haben sich für diese Thematik ausgesprochen.

Die Auszeichnung und Förderung von nachbarschaftlichen Projekten wird deshalb auch in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt Integrationsarbeit sein.

Darüber hinaus wird die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung weiterhin mit Nachdruck fortgeführt, zum Beispiel über die gezielte Ansprache und Einstellung von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund. Außerdem wird der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den kollegialen öffentlich rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gemäß dem Integrationskonzept weiter erhöht.

Die Beratungsstelle amira hat im Juli 2014 ihre Arbeit aufgenommen; sie steht Hamburgerinnen und Hamburgern mit Migrationshintergrund offen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben.

Hamburg unterstützt gegenwärtig die Bewerbung eines Trägers um ein 5-jähriges Bundesprojekt, dessen Ziel der Abbau von negativen Einstellungen gegenüber Roma und Sinti ist. Die Integration dieser Personengruppen erfordert vor dem Hintergrund der individuellen Gesellschaftsgeschichte eine besondere Sensibilität und kann nur im Zusammenwirken mit Roma und Sinti gelingen.

Die Bevölkerungsumfrage wird auf der Seite der Sozialbehörde zum Download angeboten.

**Rückfragen der Medien:**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Marcel Schweitzer | Pressesprecher

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg

Tel.: +49 40 42863 2889 | M +49 160 88 12 567

[marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de](mailto:marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi) | [@hh\\_basfi](https://www.instagram.com/hh_basfi)

10. Dezember 2014/bgv10

## **BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!**

### **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks ehrt Siegerinnen und Sieger der Hamburger Cannabis-Präventionskampagne**

Informieren, einen kritischen Diskurs anstoßen und Verharmlosungstendenzen entgegen wirken: Dies waren drei der Hauptanliegen der Kampagne „BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST!“, die durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV), das Büro für Suchtprävention (BfS) und das SuchtPräventionsZentrum der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) initiiert wurde. Teil der Kampagne war auch ein Wettbewerb für Jugendliche, dessen Siegerinnen und Sieger jetzt geehrt wurden. Ausgezeichnet wurden u.a. fünf Plakatentwürfe sowie vier Videobeiträge.

„Mit der Präventionskampagne und der direkten Beteiligung von Jugendlichen wollen wir dem Cannabiskonsum und seinen Risiken nachhaltig und glaubwürdig entgegenzutreten. Auf Augenhöhe, ohne erhobenen Zeigefinger“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wir wollen die Jugendlichen dazu anregen sich ernsthaft, kritisch und geistreich mit den Themen Cannabis und Kiffen auseinander zu setzen sowie Eltern und Fachkräfte informieren. Diese Ziele haben wir erreicht und ich freue mich, so kreative Beiträge auszeichnen zu können.“

Es wurden im Rahmen des Wettbewerbs u.a. 42 Plakatsmotive eingereicht, die sich kreativ und jugendgerecht mit dem Cannabis-Konsum und seinen Folgen auseinander setzen. Aus diesen Beiträgen wurden 20 in die engere Auswahl genommen und durch eine 13-köpfige Jury, bestehend aus Schülerinnen und Schülern über Fachleute aus den Bereichen Prävention und Marketing bis zu Vertretern einzelner Krankenkassen, bewertet. Zudem wurden einzelne Videobeiträge eingereicht, die auch aufgrund ihrer professionellen Machart auffielen. Ebenso gefielen die vorgeschlagenen Aktionen zur Information vor den Risiken des Cannabis-Konsums und wurden ebenfalls mit Preisen gewürdigt.

Ausgezeichnet wurden:

- Hanna K., Vincent M. und Vico A. für ihre Plakatsmotive;
- Das Jugendzentrum Kiebitz, das Team von Purple Dream, Vanessa Theresa S. und Kaja. H. für ihren Videobeitrag;
- Die Radio AG eines mittlerweile 10. Jahrgangs der Otto Hahn Schule und eine Springer Klasse des Gymnasium Grootmoor und der Aktionskünstler „LGolf“ für ihre Aktionen.

Als Preise wurden u.a. Tablets, Digitalkameras, Kinogutscheine sowie diverse Aktionstage, wie etwa eine spezielle Fahrt mit dem Wasserschutzboot der Polizei, vergeben.

Seit dem Start der Kampagne Ende Juni 2014 haben neben den Wettbewerbsteilnehmern rund 6.000 Besucher den Internet-Auftritt unter [www.bleib-stark.com](http://www.bleib-stark.com) besucht. Hinzu kommen rund 1.000 Beiträge auf der facebook-Seite [www.facebook.com/bleibstarkhh](http://www.facebook.com/bleibstarkhh) und die dort zeitweise bis zu 5.000 erreichten Menschen pro Tag. Ebenso erfreulich war der „Mitnahme-Effekt“ der Postkarten mit unterschiedlichen Motiven in den Kinos: Nur knapp ein Prozent wurde als Rückläufer verzeichnet.

Positiv waren auch die Rückmeldungen der Akteure des BfS, die u.a. auf Veranstaltungen - wie etwa dem Alstervergnügen oder dem Dockville-Festival - unterwegs waren und mit Jugendlichen die direkte persönliche Diskussion gesucht haben.

Insgesamt wurden für die Kampagne 123.000 Euro durch die BGV eingesetzt. Der Wettbewerb wird nun vom BfS quantitativ wie qualitativ evaluiert und anschließend über eine Fortführung entschieden. Das aufgebaute Internetangebot unter [www.bleib-stark.com](http://www.bleib-stark.com), mit speziellen Informationen für Eltern und Fachkräfte, bleibt bestehen und wird regelmäßig aktualisiert. Die ausgezeichneten sowie die weiteren eingereichten Motive und Beiträge sind auf dieser Internetseite verfügbar.

„Mit dem Projekt haben wir Neuland betreten. Die hohe Qualität der Videos und Aktionen bestätigt unseren Weg, nicht Profis, sondern die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Jeder einzelne Jugendliche, den wir erreicht und vor den verheerenden gesundheitlichen Schäden durch das Kiffen bewahrt haben, war den Aufwand mehrfach wert.“

Neben der Suchtgefahr kann der problematische Cannabiskonsum das Unfallrisiko erhöhen, zu kognitiven Störungen, wie z.B. Störungen bei Lern- und Gedächtnisleistungen führen. Bei regelmäßigem Konsum über mehrere Monate können sich psychosomatische Entzugserscheinungen einstellen und bei jungen Menschen scheint es einen Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und psychotischen Störungen zu geben. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass der regelmäßige Konsum besonders im frühen Jugendalter zu gesundheitlichen, schulischen, beruflichen, finanziellen und familiären Problemen führt.

„Präventionskampagnen halten die Betriebskrankenkassen gerade bei jungen Cannabis-Konsumenten für sinnvoll, um dauerhafte Gesundheitsschäden im Erwachsenenalter zu vermeiden“, so **Vizevorstand Dr. Dirk Janssen vom BKK-Landesverband NORDWEST**, der BLEIB STARK! als Kooperationspartner finanziell gefördert hat.

BLEIB STARK! BLEIB DU SELBST! wird neben dem BKK Landesverband Nordwest als Kooperationspartner des Weiteren unterstützt von Cinemaxx, Polizei Hamburg, Globetrotter Ausrüstung, acrobat.werbeagentur plus, do alphadog, aplanat Mietstudios Hamburg, Buchbinder Rent a car, Nordisch.com, AOK und Techniker Krankenkasse.

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332  
E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

9. Dezember 2014/bsb09

## **Schulbau erreicht 2014 Rekordniveau**

**2014 Ausgaben von knapp 400 Millionen Euro**

**Planung für 2015 und 2016 für 800 Millionen Euro**

Im Jahr 2014 wurden knapp 400 Millionen Euro in die Sanierung, Instandhaltung und den Neubau von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen investiert. 2015 und 2016 wird voraussichtlich die 400-Millionen-Marke sogar jeweils überschritten werden. Schulsenator Ties Rabe: „Wir haben die Ausgaben im Schulbau mehr als verdoppelt. Von 2008 bis 2010 wurden jährlich nicht einmal 190 Millionen Euro umgesetzt, in diesem Jahr werden es fast 400 Millionen Euro sein. Mit vernünftigen Schulentwicklungsplänen für die staatlichen Schulen sowie der Neuaufstellung von SBH Schulbau Hamburg haben wir 2012 die Voraussetzungen geschaffen, Hamburgs Schulen endlich umfassend zu sanieren und auszubauen.“

Insgesamt stellte der Senat in der Zeit von 2011 bis 2014 für Sanierung, Zubau und Instandhaltung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen rund 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Für 2015 und 2016 sollen noch einmal über 800 Millionen bereitgestellt werden. Das ist dringend nötig: Weil der Schulbau jahrelang vernachlässigt wurde, wiesen Hamburgs Schulen 2011 einen Sanierungsbedarf von rund drei Milliarden Euro und einen Zubaubedarf von rund einer Milliarde Euro auf. Kein Wunder: Von 2003 bis 2007 wurden pro Jahr durchschnittlich weniger als 140 Millionen für den Schulbau ausgegeben, von 2008 bis 2010 durchschnittlich nur rund 190 Millionen. Mit dem jetzigen Mitteleinsatz von knapp 400 Millionen im Jahr 2014 lassen sich rein rechnerisch 15 Schulen vollständig sanieren und weitere 11 Schulen komplett neu bauen. Senator Rabe: „Diese Zahlen belegen: Wir arbeiten mit Hochdruck an der Sanierung und dem Ausbau unserer Schulen und werden dabei auch in den kommenden Jahren nicht nachlassen.“

### **148 neue Schulkantinen gebaut – 2015/16 weitere 55 geplant**

Die Erfolge können sich sehen lassen. So wurden von 2011 bis 2014 bereits 148 neue Schulkantinen gebaut (122 an Grundschulen, 17 an Stadtteilschulen, 6 an Gymnasien, eine an Förderschulen und zwei an Berufsbildenden Schulen). 146 Millionen Euro investierte der Senat in dieses beispiellose Ausbauprogramm. Zum Vergleich: In den 20 Jahren von 1991 bis 2010 wurden nur 48 Grundschulkantinen gebaut, nur knapp drei pro Jahr. Für 2015 und 2016 plant der Senat den Bau von weiteren 55 neuen Kantinen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen (27 an Grundschulen, 15 an Stadtteilschulen, 10 an Gymnasien, 3 an Berufsbildenden Schulen) für rund 82 Millionen Euro.

### **66 Sporthallen neugebaut oder saniert – 2015/16 weitere 41 geplant**

Auch der Sport profitiert von der Schulbauoffensive. In den Jahren 2011 bis 2014 wurden für rund 94 Millionen Euro 54 Sporthallen zum Teil erheblich saniert, 7 zusätzliche Sporthallen neu gebaut und weitere 5 Sporthallen durch Neubauten ersetzt. 2015 und 2016 plant der Senat für rund 69 Millionen Euro weitere 15 Sporthallen zu sanieren, 10 durch Neubauten zu ersetzen und weitere 16 zusätzlich zu bauen. „Sporthallen haben eine über den Schulbereich hinausgehenden Bedeutung für die Bezirke und ihre Sportvereine. Deshalb investieren wir kräftig in Sanierung und Ausbau der Hamburger Sporthallen“, so Senator Rabe.

### **Gute Schulgebäude für zukünftige Schülergenerationen bauen**

**Ewald Rowohlt, Geschäftsführer von SBH Schulbau Hamburg:** „Schulbau auf diesem hohen Niveau ist möglich geworden, weil wir sorgfältig planen, genau auf die Kosten achten und dabei die Qualität in den Mittelpunkt stellen. Unser Ziel ist, gute Schulgebäude zu bauen, in denen auch zukünftige Schülergenerationen gern lernen. Besonders freut es mich, dass unsere Schulbauten immer wieder auch für ihre architektonische Qualität mit ausgezeichnet wurden.“

### **Vier Schulbauten gewinnen Auszeichnungen**

So erhielten mit der Schule Barlsheide (Osdorf), der Pausenhalle der Grundschule Buckhorn (Volksdorf) sowie den beiden IBA-Projekten „Bildungszentrum Tor zur Welt“ und „Sprach- und Bewegungszentrum“ (Wilhelmsburg) gleich vier Schulbauten die Auszeichnung zum „Bauwerk des Jahres“ vom Architekten- und Ingenieurverein Hamburg. Außerdem zeichneten beispielsweise die Landesinnung der Gebäudereiniger und das Denkmalschutzamt die denkmalgerecht sanierte Fassade des Gymnasiums Alstertal (Fuhlsbüttel) als Sieger im Fassadenwettbewerb 2012 aus.

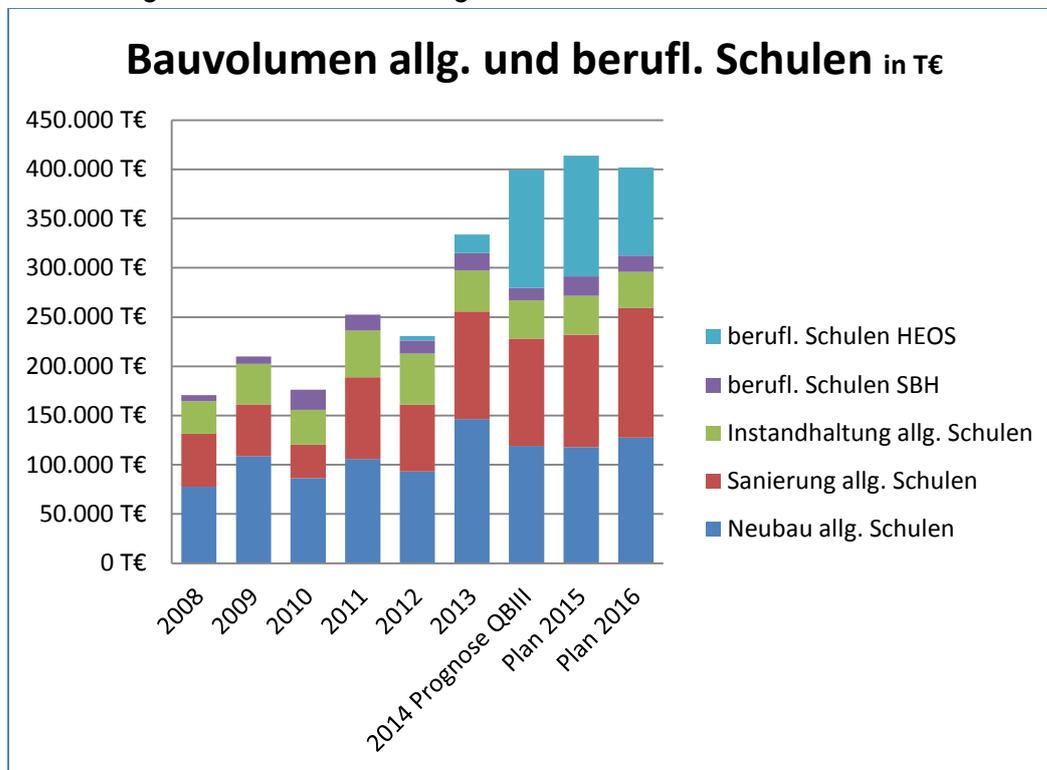
Alle Schulgebäude werden nach aktuellen pädagogischen Gesichtspunkten und technischen Standards unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer Gesichtspunkte errichtet. Die Planungen werden intensiv mit den Schulen abgestimmt. Die Schulen können beispielsweise innerhalb der festgelegten Zubauffläche die Raumgrößen und -zuschnitte individuell festlegen.

### **Modernisierungsprogramm für die Berufsbildenden Schulen**

Auch für die berufsbildenden Schulen wurde ein Modernisierungsprogramm gestartet. 2012 schloss der Hamburger Senat im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft einen Vertrag mit der Projektgesellschaft HEOS Berufsschulen Hamburg GmbH über ein Bauvolumen von 300 Millionen Euro. 2014 wurden bereits Baumaßnahmen für 96 Millionen Euro an sieben Großbaustellen für 13 Schulen umgesetzt. Bis zum Abschluss aller Baumaßnahmen 2017 werden rund 80.000 Quadratmeter Schulgebäude modernisiert und rund 93.000 Quadratmeter neu errichtet. Die Baumaßnahmen ermöglichen die geplante Umgestaltung der bisher 44 berufsbildenden Schulen zu 32 modernen und zukunftsfähigen Schulen. Durch flexible Raumzuschnitte und Raumnutzungen werden die Schulen neuen Unterrichtsanforderungen und individualisierten Unterrichts- und Lernformen gerecht.

**Schulsenator Ties Rabe:** „Bei einem derartig großen Neubau- und Sanierungsprogramm für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen können nicht alle notwendigen Maßnahmen gleichzeitig begonnen werden, aber wir legen ein hohes Tempo vor und werden auch in den

kommenden Jahren mehr als doppelt so viel investieren, wie es in den Vergangenheit getan wurde. Wir machen Hamburgs Schulen zukunftsfähig, mit schönen Schulbauten für modernen Unterricht.“



#### Zu den größeren Bauvorhaben im Jahr 2014 zählen:

- Baustart für umfassende Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an der **Stadtteilschule und dem Gymnasium Lohbrügge**: rund 52 Millionen Euro bis 2019.
- Fertigstellung der äußeren Grunderneuerung und Modernisierung an der **Stadtteilschule Horn**: rund 19 Millionen Euro.
- Baustart für den ersten von drei Bauabschnitten zur Neustrukturierung der **Grundschule Hasenweg (Sasel)**: bis 2016 rund 11 Millionen Euro.
- Fertigstellung der äußeren Grundsanierung und Erweiterung der **Stadtteilschule Öjendorf**: rund 8 Millionen Euro.
- Baustart für den Zubau eines Klassentrakts und einer Sporthalle am **Gymnasium Alstertal (Fuhlsbüttel)**: bis 2015 rund 6 Millionen Euro.
- Zu- und Ersatzbau von Unterrichts- und Fachräumen am **Matthias-Claudius-Gymnasium (Wandsbek)**: bis 2015 rund 6 Millionen Euro.
- Zubau von Unterrichtsräumen und einer Zweifeld-Sporthalle an der **Stadtteilschule Bramfeld**: bis 2015 rund 6 Millionen Euro.

- Fertigstellung der inneren und äußeren Grunderneuerung für den Kreuzbau am **Gymnasium Meiendorf**: rund 5 Millionen Euro.
- Fertigstellung einer Dreifeld-Sporthalle am **Gymnasium Ohlstedt**: rund 4 Millionen Euro.
- Neubau für die zukünftige **Berufsbildende Schule** für Banken, Versicherungen und Recht mit Wirtschaftsgymnasium (Budapester Straße, St. Pauli): rund 18 Millionen Euro.
- Ausbau des **Berufsschulstandorts Harburg (Göhlbachtal, Eißendorf)**: rund 23 Millionen Euro.
- Um- und Ausbau der **Beruflichen Medienschule H8 (Eulenkamp, Wandsbek)** mit Unterrichtsräumen, Forum und Sporthalle: rund 38 Millionen Euro, Fertigstellung Juli 2015.

#### Zu den größeren Bauvorhaben in den Jahren 2015 / 2016 zählen:

- Baubeginn für Abriss und Ersatzbau der Stadtteilschule **Irena-Sendler-Schule (Wellingsbüttel)**: bis 2019 rund 34 Millionen Euro.
- Baubeginn für Neubau der **Geschwister-Scholl-Stadtteilschule (Osdorf)** bis 2019: rund 34 Millionen Euro.
- Baubeginn für den **Campus Steilshoop** (Neubau von Grund- und Stadtteilschule Am See sowie Quartierszentrum): bis 2017 rund 29 Millionen Euro.
- Baubeginn für die Neustrukturierung der **Grund- und Stadtteilschule Wilhelmsburg (Perlstieg)** mit umfassenden Neubaumaßnahmen: bis 2018 rund 27 Millionen Euro.
- Baubeginn für Abriss und Neubau der **Stadtteilschule Richard-Linde-Weg (Lohbrügge)**: bis 2018 rund 21 Millionen Euro.
- Baubeginn für die Neustrukturierung der **Grund- und Stadtteilschule Fischbek-Falkenberg (Neugraben-Fischbek)**: rund 17 Millionen Euro.
- Sanierung des **Friedrich-Ebert-Gymnasiums (Harburg)**, Gesamtinvestition bis 2016: rund 12 Millionen Euro.
- Baubeginn für den Bau von Klassenräumen, Gemeinschafts- und Verwaltungsflächen an der **Grundschule Hoheluft**: rund 6 Millionen Euro.
- Baubeginn für die Erweiterung der **Schule An der Haake (Hausbruch)**: rund 8 Millionen Euro.
- Baubeginn für Umbau und Sanierung der **Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik G9 (Ebelingplatz/Hamm)**: rund 16 Millionen Euro.

- Baubeginn für zwei Einzelhandelszentren für jeweils zwei fusionierende **Berufsbildende Schulen** im Bereich Einzelhandel am **Standort Anckelmannstraße (Borgfelde)**: rund 70 Millionen Euro.
- Zubau für **Handelsschule und Wirtschaftsgymnasium (H3) sowie Berufliche Schule für Wirtschaft und Steuern (H12)** in der Lutterothstraße (Eimsbüttel): rund 7 Millionen Euro.
- Zubau für die **Berufsschule Eidelstedt (G12)** im Niekampsweg: rund 7 Millionen Euro.

**Für Rückfragen der Medien:**

**Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 428 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

BSB-Newsletter: [www.hamburg.de/bsb/newsletter/](http://www.hamburg.de/bsb/newsletter/)

11. Dezember 2014/bsb11

## Neue Vertrauensperson für Hamburgs Schülerinnen und Schüler

### Ombudsmann Dr. Wolfgang Dittmar hat für alle ein offenes Ohr

**Neues Gesicht in der Ombudsstelle für Schülervertretungen: Wolfgang Dittmar (69) hat seine Tätigkeit als neuer Ombudsmann der Schulbehörde aufgenommen. Das Ehrenamt der Ombudsperson wurde 1999 von der Behörde geschaffen, um Schülervertretungen eine Anlaufstelle zu geben, bei der sie sich für die Ausübung ihrer Mitbestimmungsrechte im Konfliktfall Rat und Hilfe holen können. Aufgrund der langjährigen Erfahrungen seines Vorgängers wurde der Aufgabenbereich des neuen Ombudsmannes nun erweitert: Künftig können sich nicht nur die gewählten Schülervertretungen, sondern auch Schülerinnen und Schüler direkt an den Ombudsmann wenden.**

Der Ombudsmann steht für eine Vielzahl von Problemen mit Rat und Tat zur Seite. An ihn wenden sich beispielsweise Schüler, die Fragen zu einem schriftlichen Verweis haben, die von einer Klassenfahrt ausgeschlossen wurden oder die Hilfe bei der Umsetzung in eine Parallelklasse benötigen. Auch für alle anderen Fragen von Ordnungsmaßnahmen hat Dittmar ein offenes Ohr.

Für die Kontaktaufnahme gibt es verschiedene Möglichkeiten: per E-Mail unter [ombudsstelle-schueler@bsb.hamburg.de](mailto:ombudsstelle-schueler@bsb.hamburg.de) oder telefonisch unter (0172) 405 1061. Wolfgang Dittmar hat außerdem an jedem ersten und dritten Montag im Monat von 15 bis 18 Uhr eine offene Sprechstunde in seinem Büro im Schulinformationszentrum (SIZ), Hamburger Straße 125a.

Mit Wolfgang Dittmar als neuen Ombudsmann hat die Schulbehörde einen Menschen gewinnen können, der mit dem Hamburger Schulsystem bestens vertraut ist. Der 69-Jährige war von 1990 bis 2005 Schulleiter des Gymnasiums Lohbrügge, dann kurzzeitig Amtsleiter in der Schulbehörde und bis zu seiner Pensionierung Schulleiter der Europaschule Gymnasium Hamm. Heute ist er nach wie vor im Bildungsbereich aktiv, Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Young Migrant Talents“ und Vorstandsmitglied des Vereins „Chancen für alle“. Für die Neubesetzung hatte sich die Behörde eng mit der SchülerInnenkammer Hamburg (skh) abgestimmt.

**Für Rückfragen der Medien:**  
**Behörde für Schule und Berufsbildung**  
Peter Albrecht, Pressesprecher  
Tel. (040) 428 63 – 2003  
E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

9. Dezember 2014/bsu09

## Erfolgreiche Arbeit der IBA wird in Wilhelmsburg fortgesetzt

### IBA Hamburg erhält Auftrag als Projektentwickler für drei Gebiete auf der Elbinsel und zur Untersuchung von zwei weiteren Gebieten

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt die IBA Hamburg GmbH Wohnungsbauprojekte mit einem Gesamtvolumen von bis zu 4.000 Wohneinheiten in fünf Gebieten im Stadtteil Wilhelmsburg als städtischer Projektentwickler voranzutreiben.**

**Senatorin Jutta Blankau:** „Wilhelmsburg hat enorm von der IBA profitiert. Mit dem Rahmenkonzept haben wir bereits eine Zukunftsstrategie für den ‚Sprung über die Elbe‘ vorgelegt. Jetzt übernimmt die IBA mit ihrem großen Know-How die Projektentwicklung für Wilhelmsburg. Damit bleibt Wilhelmsburg ein zentraler Baustein der Hamburger Stadtentwicklung und die positive Entwicklung der Elbinsel geht auch nach den Ausstellungen mit großem Schwung weiter.“

**Uli Hellweg, Geschäftsführer IBA Hamburg GmbH:** „Mit der Weiterführung der IBA Hamburg GmbH als städtischer Projektentwickler sind die Grundlagen für eine qualitätsvolle und nachhaltige Entwicklung von Wilhelmsburg und anderen Hamburger Stadtteilen gelegt. Die IBA steht für einen ganzheitlichen Stadtumbau mit den vor Ort wohnenden und arbeitenden Menschen.“

Bereits unmittelbar im Anschluss an das Präsentationsjahr der Internationalen Bauausstellung 2013 hatte die IBA Hamburg GmbH begonnen, Realisierungsmöglichkeiten für weitere große Wohnungsbauprojekte in gemischten Quartiere mit einem Nebeneinander von Wohnen, Gewerbe und Freiraum zu untersuchen. Jetzt liegen Kosten- und Finanzierungspläne für Planung und Bau von rund 4000 neuen Wohnungen auf vorwiegend städtischen Flächen in Wilhelmsburg vor.

Vor diesem Hintergrund hat der Senat heute die Beauftragung der IBA Hamburg GmbH mit der Projektentwicklung für die Gebiete Georgswerder, Dratelnstraße und Georg-Wilhelm-Höfe beschlossen:

- Im Ortsteil Georgswerder - am Fuße des Energiebergs im Nord-Osten der Elbinsel - werden auf ca. 9,5 Hektar bis zu 250 Wohneinheiten auf den Flächen „Kirchwiese“ mit Quartiersplatz und im Bereich von Baulücken am Niedergeorgswerder Deich entstehen, darunter auch viele Einfamilien- und Doppelhäuser und auf einem dem rd. 3,0 ha großen Areal „Fiskalische Straße“ ein neues Arbeitsstättengebiet mit rd. 19.000 qm für Gewerbe geschaffen werden.
- An der Dratelnstraße entstehen nach derzeitigem Stand in einem ersten Bauabschnitt kurzfristig mindestens 300 Wohneinheiten und bis zum Jahr 2023 weitere 700 Wohneinheiten, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum neuen Dienstleistungszentrum in Wilhelmsburg Mitte befinden.

- Im südlichen Wilhelmsburg zwischen Trettaustraße und Kurdamm – als zweiter Bauabschnitt der „Georg-Wilhelm-Höfe“ – sollen bis zum Jahr 2019 auf ca. 1,5 Hektar rd. 150 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau entstehen.

Darüber hinaus wird die IBA Hamburg GmbH für zwei weitere Gebiete mit weiteren großen Potenzialen für eine urbane Entwicklung mit Wohnungsbau und Flächen für Arbeitsstätten vertiefende Untersuchungen durchführen, um auch diese Gebiete als Projektentwicklung zu übernehmen:

- In der zentralen Nord-Süd-Achse – im Bereich der alten Trasse der Wilhelmsburger Reichsstraße zwischen dem Ernst-August-Kanal im Norden und der Rotenhäuser Straße im Süden – soll bis zum Jahr 2025 auf ca. 49 Hektar in mehreren Bauabschnitten ein urbaner Stadtteil mit Arbeitsstätten und Wohnungsbau in einer Größenordnung zwischen 1750 und 2000 Wohneinheiten entstehen.
- An der südlichen Georg-Wilhelm-Straße - im Bereich des Haulander Wegs - könnten bis zum Jahr 2020 auf einem Areal von ca. 22 Hektar ein attraktiver Wohnstandort in einem naturnahen Wohnumfeld am Wilhelmsburger Inselpark oder alternative Nutzungskonzepte mit dem Schwerpunkt Gewerbe und Kleingärten entstehen.

Im Zuge der IBA Hamburg war durch die vielfältigen baulichen, sozialen und infrastrukturellen Projekte und den Wilhelmsburger Inselpark eine sehr positive Entwicklung in Gang gesetzt geworden. Diese positive Entwicklung soll sich in Zukunft fortsetzen und verstetigen. Gleichzeitig wird das im September beschlossene Rahmenkonzept „Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+“ in einem ersten Schritt umgesetzt. Der Gesamttraum „Sprung über die Elbe“ reicht vom Stadtteil Veddel über Wilhelmsburg bis zum Harburger Binnenhafen und ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Hamburger Stadtentwicklung. Ein räumlicher Schwerpunkt liegt auf der zentralen Mittelachse der Elbinsel, in der insbesondere die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße neue Entwicklungspotentiale eröffnet. Dabei entsteht in Wilhelmsburg und Harburg ein Potenzial von insgesamt über 5000 Wohneinheiten, Gewerbe und Dienstleistungen in lebendigen Stadtquartieren.

In Harburg ist die IBA Hamburg GmbH über die Projekte des „Sprung über die Elbe“ hinaus schon seit 2013 mit der Entwicklung von 800 Wohneinheiten im Quartier „Fischbeker Heidbrook“ beauftragt. Hier sollen im Quartier Vogelkamp Neugraben ca. 1500 weitere Wohneinheiten entstehen.

Bilder und Pläne zum Download unter:

<http://www.hamburg.de/bsu/presse>

## **Zum Hintergrund: Charakteristika der fünf Projektgebiete**

### **Projektgebiet Georgswerder**

Bei dem Projektgebiet Georgswerder (9,5 Hektar, zzgl. 3 Hektar Gewerbeflächen) gilt es innenstadtnahe und zugleich grüngerprägte Flächenpotenziale zu mobilisieren und den bereits 2012 mit einem anspruchsvollen Beteiligungsprozess begonnenen Entwicklungsprozess voranzubringen. Durch seine grüne und doch zentrumsnahe Lage könnten insbesondere junge Familien hier ein neues Zuhause finden. Eine zügige Entwicklung der Wohnbaupotenziale bis zu 250 Einheiten ist geplant. Dadurch werden sich auch die Voraussetzungen für das Nahversorgungs- und ÖPNV-Angebot im Stadtteil verbessern. Mit öffentlicher Diskussion und dem Abschluss des städtebaulichen Gutachterverfahrens "Wohnen und Arbeiten in Georgswerder" wurde im Sommer 2014 bereits ein wichtiges Etappenziel erreicht. Nun geht es darum die Entwicklung zügig voranzubringen.

### **Projektgebiet Dratelnstraße**

Die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahntrasse ist ein starkes Signal für den Stadtteil Wilhelmsburg, durch das Entwicklungen eines neuen Quartiers in der zentralen Mittelachse überhaupt erst ermöglicht werden. Das rund 30 Hektar große Projektgebiet Dratelnstraße, das den direkten Anschluss an das im Rahmen der IBA Hamburg entstandene Wilhelmsburg Mitte bildet, eignet sich insbesondere für Wohnungsbau. Möglich ist der Bau von ca. 1.000 Wohneinheiten, die in zwei Bauabschnitten mit unterschiedlichen Typologien wie Geschosswohnungsbau, Stadtvillen, Reihen- und Einfamilienhäuser gebaut werden sollen. Die Frage der Vereinbarkeit von Wohnen, Sport und Gewerbe bzw. Industrie ist eine wesentliche Herausforderung der Quartiersentwicklung und soll flankierend in entsprechenden Beteiligungsprozessen gelöst werden. Damit sollen zeitgemäße und fortschrittliche Antworten gefunden werden, die das Projektgebiet Dratelnstraße zu einem gemischt-genutzten lebendigen Quartier für die unterschiedlichen künftigen Bewohnerschichten werden lassen, eingebettet in hochwertige Grünflächen und Sportanlagen.

### **Projektgebiet Georg-Wilhelm-Höfe**

Der Bedarf an preisgünstigeren Wohnungen in Wilhelmsburg kann durch die bereits kurzfristig realisierbaren Georg-Wilhelm-Höfe mit insgesamt 150 Wohneinheiten im zweiten Bauabschnitt bedient werden. Die Georg-Wilhelm-Höfe sind ein typisches Metrozonen-Projekt: Die reizvolle Lage zwischen Insempark und Reiherstieg auf der einen Seite und die Industrie- und Gewerbeareale auf der anderen Seite bergen Potenziale und Herausforderungen für das Wohnquartier. Die Entwicklung des zweiten Bauabschnitts der Georg-Wilhelm-Höfe steht stellvertretend für die Frage, ob Wohnen und Gewerbe an diesem Standort einvernehmlich nebeneinander existieren können. Hier gilt es innovative Win Win Lösungen zu finden. Der erste Bauabschnitt, genannt Sonnenhöfe, ist ein Projekt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Hamburg und wird im Januar 2015 fertiggestellt. Die rund 50 Wohneinheiten werden im ersten Quartal 2015 bezogen.

### **Projektgebiet Nord-Süd Achse**

Mit der Entwicklung des 49 Hektar großen Projektgebietes Nord-Süd Achse bietet sich die einmalige Chance für eine qualitätsvolle Entwicklung des Herzens von Wilhelmsburg, die sowohl für den Stadtteil insgesamt als auch für deren zukünftige Gestaltung und Ausrichtung von herausragender Bedeutung ist. In Verbindung mit dem Projektgebiet Dratelnstraße wird so ein mit hohen Qualitätsmaßstäben entwickelter Bereich vom neuen Insepark im Süden bis fast an den Spreehafen im Norden der Elbinsel entstehen. Allein in der Nord-Süd Achse könnten bis zu 2.000 neue Wohneinheiten gebaut werden. Das Besondere ist hier die Gestaltung eines verträglichen Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen, das schon durch die vorhandene gewerblich-industriell geprägte Struktur vorgegeben ist. Außerdem besteht die große Chance, die bereits vorhandenen Kanäle und Wasserflächen besser zur Geltung zu bringen und erlebbar zu machen.

### **Projektgebiet Haulander Weg**

Beim 22 Hektar großen Projektgebiet Haulander Weg ist das Ergebnis des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs „Klimahäuser“ aus dem Jahr 2009 die Ausgangslage der Prüfung einer weiteren Entwicklung. Die Nähe zum Gewerbegebiet und die Lärmproblematik, insbesondere durch die mögliche Realisierung der Hafenquerspange im Süden des Areals wie auch die hohe ökologische Wertigkeit bleiben wichtige Thema für die nächsten Prüfschritte, bei denen es auch um Entwicklung von Alternativen gehen wird.

#### **Rückfragen der Medien:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Dr. Magnus-Sebastian Kutz, (040) 42840-2051, (0170) 4568794, magnus-sebastian.kutz@bsu.hamburg.de

IBA Hamburg GmbH, Anke Hansing, (040) 226 227-330, (0177) 6281150,  
presse@iba-hamburg.de

12. Dezember 2014/pr12



## Neustart für das südliche Überseequartier

### Unibail-Rodamco übernimmt die Gesamtentwicklung und Realisierung des südlichen Überseequartiers

**Für die Entwicklung und Realisierung des südlichen Überseequartiers im Herzen der HafenCity ist der Durchbruch gelungen: Mit Unibail-Rodamco - europaweit führendes börsennotiertes Immobilienunternehmen – steht ein neuer finanz- und konzeptions-starker Partner für die Gesamtentwicklung und die Realisierung des südlichen Überseequartiers bereit. Gleichzeitig wurde die Chance genutzt, das ursprüngliche Konzept auf eine neue zukunftsfähige Basis zu stellen, den Einzelhandel wirkungsvoller und attraktiver zu gestalten, den Anteil an Büroflächen zugunsten von Wohnungen zu reduzieren, das Kreuzfahrtterminal städtebaulich besser zu integrieren und für einen Wetter- und Windschutz zu sorgen. Seinen offenen, städtischen Charakter wird das südliche Überseequartier behalten. Die neue Waterfront an der Elbe wird durch ein architektonisch markantes und unverwechselbares Ensemble aus Kreuzfahrtterminal, Waterfront Towers und einem neuen gut 70 Meter hohen Gebäude des Architekten und Pritzker-Preisträgers Christian de Portzamparc geprägt sein.**

Sowohl in seinem Nutzungskonzept als auch in der städtebaulichen Struktur knüpft das neue Konzept für das südliche Überseequartier an Themen der ursprünglichen Planung an. Der Neustart wird aber auch dazu genutzt, durch neue Elemente deutlich bessere Voraussetzungen für den langfristig erfolgreichen Betrieb des Überseequartiers als mischgenutztes, kommerzielles Herz der HafenCity zu schaffen. Es entsteht ein offenes und urbanes, nicht klimatisiertes, aber gleichzeitig wettergeschütztes Einkaufsviertel, das durchmischt ist mit gut vernetzten weiteren publikumswirksamen Nutzungen sowie Wohn-, Büro- und Hotelflächen. Nicht zuletzt durch die Verknüpfung mit dem neu entstehenden Kreuzfahrtterminal entsteht ein Gesamtareal, das in dieser Intensität der Nutzung und Größe bislang einzigartig ist.

## Die Neuerungen im Einzelnen: Das Nutzungskonzept

- **Wohnen wird gestärkt: Büroflächen werden zugunsten von Wohnungen erheblich reduziert**

Der Büroflächenanteil wird zugunsten von Wohnen von ehemals geplanten 142.000 qm BGF auf nunmehr 90.300 qm BGF reduziert. Der Wohnanteil erhöht sich dadurch erheblich auf 92.700 qm BGF im gesamten Überseequartier (im Vergleich 48.000 qm BGF im alten Konzept). Die Wohnungen entstehen im überwiegenden Teil nördlich der U-Bahn-Trasse; damit sind Nutzungskonflikte mit dem (auch in Zukunft nicht völlig emissionsfreien) Kreuzfahrtbetrieb ausgeschlossen.

- **Vergrößerung und bessere stadträumliche Integration des Kreuzfahrtterminals:**

Das künftige Cruise Center HafenCity wird in ein Gebäudeensemble aus Hotel und Handelsflächen einziehen und auf zwei Ebenen mit insgesamt 4.600 qm BGF (zuvor: 3.000 qm BGF geplant; provisorisches Terminal heute 2.400 qm) deutlich leistungsfähiger und städtebaulich stärker mit dem Quartier verknüpft. Hinzu kommen ein unterirdischer Busbahnhof mit 12 Haltepositionen sowie eine unterirdische Taxivorfahrt. Damit können das starke Wachstum der Kreuzfahrt-aktivitäten und die wachsende Zahl der Kreuzfahrtgäste ihre Wirkung für die Innenstadt entfalten.

## Die Neuerungen im Einzelnen: Der Einzelhandel

- **Der Einzelhandel im Überseequartier wird insgesamt gestärkt, vielfältiger und effizienter**

Ein erfolgreicher Einzelhandel besitzt eine fundamentale Rolle sowohl für die Realisierung des Überseequartiers selbst als auch für eine langfristig gut funktionierende urbane HafenCity und deren Verknüpfung mit der bestehenden Innenstadt. Vor diesem Hintergrund wird die Einzelhandelsfläche des südlichen Überseequartiers auf 80.500 qm Bruttogeschossfläche erhöht. Auf dieser vergrößerten Fläche lässt sich eine größere Diversität des Angebots darstellen. Außerdem können große Ankernutzer insgesamt für eine ausreichende Grundfrequenz der Besucher auch innerhalb der Woche sorgen; davon profitieren wiederum kleinere und mittlere Läden und die vielen Erdgeschosslagen in der HafenCity. Das Überseequartier mobilisiert die Laufbeziehungen zwischen Elbphilharmonie, Speicherstadt, der zukünftigen Bebauung des Strandkais, der Shanghaiallee und dem Baakenhafenquartier.

Aufgrund der positiven touristischen Entwicklung Hamburgs kann der Einzelhandel im neuen Konzept zusätzlich mit Entertainmentelementen kombiniert werden; damit wird die Besucherfrequenz insgesamt und insbesondere in den Abendstunden gestärkt.

## Die Neuerungen im Einzelnen: Der Städtebau

- Das neue städtebauliche Konzept für das südliche Überseequartier knüpft an Elemente der bisherigen Planung an, etwa in der Fortführung der Backstein-materialität im zentralen Bereich, die dem gesamten Zentrum der HafenCity eine charakteristische und identitätsprägende Gestalt gibt. Die Nord-Süd-Orientierung des Überseeboulevards bleibt als spannendes Stadtraumerlebnis von der Speicherstadt bis zur Elbe erhalten, ergänzt durch die Achse des 10. Längengrads bis zur Überseeplaza im Osten und die San-Francisco-Straße in neuer Höhenlage im Westen. Das südliche Überseequartier wird - bei verbessertem Wetterschutz - den Charakter eines offenen städtischen Raums beibehalten. So kann es positiv auf die gesamte HafenCity-Entwicklung ausstrahlen und das Zusammenwachsen mit der bestehenden inneren Stadt stärken.

- Der Einzelhandel wird im südlichen Überseequartier städtebaulich neu geordnet. Das Konzept sieht eine Einzelhandelsstruktur mit einem Lauf auf zwei Ebenen vor: Das obere Erdgeschoss wird in bisheriger Höhenlage (8,30 bis 9,20 m üNN) als Handelsgeschoss ausgebildet; darunter wird nun auch das Warftgeschoss als Einzelhandelsebene ausgebaut, die Erdgeschosswege werden mit großzügigen Öffnungen versehen. Atmosphärisch bleibt dadurch der Raum oberhalb der Erdgeschossesebene als offener Stadtraum zwischen den Gebäuden erhalten. Insgesamt entsteht eine raffinierte städtebauliche Struktur auf mehreren Ebenen, die ein wettergeschütztes Einkaufserlebnis ebenso ermöglicht wie in einer offenen städtischen Atmosphäre.
- Eine wesentliche Neuerung ist ein eigens für diesen Standort konzipiertes Wetterschutzkonzept, das zwei Komponenten umfasst: Durch die Ausrichtung der Gebäude wird die Windexposition insbesondere aus der Hauptwindrichtung reduziert. Außerdem schützt eine gläserne Dachkonstruktion einen Teil der Wegeflächen insbesondere südlich der U4-Haltestelle. Ein solches Konzept erinnert in Grundzügen an ein offenes Galeriakonzept des 19. Jahrhunderts. Die zentrale Ost-West-Achse über der U-Bahn-Trasse bleibt als offene Wegeverbindung ohne Dach. Die Wegeflächen zwischen den Gebäuden – ob überdacht oder nicht, ob in der Erdgeschossesebene oder nicht – werden nicht klimatisiert. Mit diesem Regen- und Wetterschutzkonzept, das durch das renommierte Ingenieurbüro Werner Sobek entwickelt wurde, wird die Aufenthaltsqualität erheblich verbessert.
- Statt des ursprünglichen Science Center-Gebäudes, das durch den Wegfall der städtischen Kofinanzierung nicht mehr realisierbar ist, wird als signalsetzendes Gebäude ein bürogenutztes, markantes, ca. 70 m hohes Gebäude in der prominenten Ecklage Magdeburger Hafen/Elbe positioniert. Das Gebäude nach dem Entwurf des französischen Pritzker-Preisträgers Christian de Portzamparc erhält eine öffentliche Aussichtsplattform (evtl. Gastronomie). Damit gelingt auch ein besonderer Stadtabschluss in der Achse von der bestehenden City zur Elbe.

#### **Die Daten zum Nutzungskonzept des südlichen Überseequartiers (Bruttogeschossfläche):**

<b>Kultureinrichtung/ Entertainment</b>	10.000-12.000
<b>Büro</b>	56.900
<b>Einzelhandel</b>	80.500
<b>Gastronomie</b>	6.000
<b>Wohnen</b>	44.800
<b>Hotel</b>	23.500
<b>Kreuzfahrtterminal</b>	4.600
<b>Gesamt:</b>	<b>226.300-228.300</b>

#### **Wie geht es weiter?**

Nach der Befassung der Hamburgischen Bürgerschaft beginnt die intensive Planungsphase. Die Architekturentwürfe für die einzelnen Gebäude sollen erarbeitet werden. Das wird das Jahr 2015 überwiegend in Anspruch nehmen. Gleichzeitig wird mit der Erarbeitung eines neuen Bebauungsplans begonnen, auf dessen Basis dann Bauanträge gestellt und Baugenehmigungen erlangt werden können. Der Bau kann voraussichtlich 2017 beginnen, 2021 wird mit der

Fertigstellung der zentralen Flächen mit Einzelhandel, Gastronomie, Entertainment, Kreuzfahrtterminal, Hotel und einem Teil der Büroflächen gerechnet.

### **Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg**

„Nicht nur die HafenCity selbst wird von diesem Neustart im südlichen Überseequartier profitieren: Der besondere städtische und offene Charakter des Konzeptes mit der Einbindung der maritimen Atmosphäre der Elbe wird für die Bewohner Hamburgs, für Besucher und Touristen gleichermaßen ein Gewinn sein. Ein erfolgreiches Überseequartier wird auch das Zusammenwachsen von City und HafenCity verstärken. Die Hamburger Innenstadt findet mit dem südlichen Überseequartier und seiner signalgebenden Architektur einen starken Waterfront-Abschluss an der Elbe.“

### **Christophe Cuvillier, CEO Unibail-Rodamco**

„Das Überseequartier liegt voll auf der strategischen Linie von Unibail-Rodamco mit Fokus auf Assets in herausragenden europäischen Einzugsgebieten sowie beschleunigtem Wachstum und dem Aufbau nachhaltiger Werte in Deutschland. Unibail-Rodamco ist stolz darauf, nach dem Zuschlag für das Projekt Neo/Mall of Europe in Brüssel in diesem Jahr, auch eine Partnerschaft mit der Stadt Hamburg für die Entwicklung der HafenCity, Europas größtem innerstädtischen Entwicklungsprojekt in einer der dynamischsten Regionen des europäischen Kontinents, einzugehen.“

### **Prof. Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH**

„Der Vertragsabschluss mit dem neuen Partner Unibail-Rodamco für das südliche Überseequartier bedeutet den letzten der großen noch ausstehenden Schritte für die HafenCity-Entwicklung. Der Kern der HafenCity wird durch eine Nutzungsmischung mit starker Einzelhandelsprägung der urbane Treiber der HafenCity und damit ihrer Integration in die innere Stadt.“

### **Ein neuer starker Partner für das südliche Überseequartier**

Unibail-Rodamco SE, gegründet 1986, ist das größte börsennotierte Unternehmen Europas im Bereich Gewerbeimmobilien mit Standorten in zwölf EU Ländern und einem Bestandsportfolio in Höhe von 33,6 Milliarden Euro (Stand: 30. Juni 2014). Als integrierter Betreiber, Investor und Entwickler ist die Gruppe darauf ausgerichtet, die gesamte Immobilien-Wertschöpfungskette abzudecken. Die Gruppe hebt sich durch ihren Fokus auf höchste Architektur-, Städtebau- und Umweltstandards aus. Der langfristige Ansatz und die nachhaltige Vision des Unternehmens konzentrieren sich auf die Entwicklung und das Refurbishment hochwertiger Standorte – zum Einkaufen, Arbeiten und Entspannen. Das Engagement für ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit wurde durch die Aufnahme in die DJSI (weltweit und Europa), FTSE4Good und STOXX Global ESG Leaders Indizes anerkannt. Die Unternehmensgruppe ist Teil des CAC 40 in Paris, AEX 25 in Amsterdam sowie Eurostoxx 50 Index und hat von Standard & Poor's und Fitch Ratings jeweils das Rating „A“ erhalten.

Unibail-Rodamco integriert im Überseequartier als Eigentümer, Bauherr und Betreiber sowohl Planung, Bau als auch Betrieb der Handels- und Gastronomieflächen sowie der öffentlich zugänglichen Wegeflächen. Hierdurch schafft Unibail-Rodamco eine konzeptionelle Integration und durch die Halte- und Betriebsverpflichtung die Grundlage für eine qualitätsvolle, langfristige Entwicklung der HafenCity.

Im Zuge der Realisierung des südlichen Überseequartiers werden Investitionen von rund 860 Millionen Euro realisiert. Alleine im Einzelhandels-, Gastronomie- und Entertainmentbereich werden Arbeitsplätze entsprechend 1.900 Vollarbeitsplätzen entstehen.

## **Hintergründe zum Strategiewechsel und der Suche nach einem neuen Partner**

Seit Oktober 2011 ruhen die Bauarbeiten im südlichen Überseequartier. Während das nördliche Überseequartier von 2007 bis 2010 mit einer anspruchsvollen Nutzungsmischung aus Mietwohnungen, Einzelhandel, Gastronomie, einem Hotel und Büroflächen durch das ursprüngliche Investorenkonsortium - bestehend aus Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft, ING Real Estate und SNS Property Finance (heute: Propertize) - weitgehend realisiert werden konnte, stagnierte die Entwicklung des südlichen Überseequartiers ab dem Jahr 2009/2010.

Die Finanzkrise hatte für die beiden Bankpartner des Konsortiums erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Als Folge davon zog sich ING Real Estate aus vielen europäischen Märkten vollständig zurück und schied im März 2013 aus dem Dreierkonsortium Überseequartier aus. Alle Rechte und Pflichten übernahmen daraufhin die beiden verbliebenen Partner SNS sowie Groß & Partner. Doch auch an SNS ging die Finanzkrise nicht schadlos vorüber: Wegen der Immobilienrisiken wurde das Unternehmen Anfang 2013 vom niederländischen Staat übernommen und heißt heute Propertize.

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Ausgangslage haben Propertize und Groß & Partner in Abstimmung mit der Hafencity Hamburg GmbH das Jahr 2013 dafür genutzt, im Rahmen eines abgestuften Investorenauswahlverfahrens nach einem kapitalstarken Gesamtentwickler und Eigentümer für das südliche Überseequartier zu suchen und ein deutlich effizienteres Einzelhandelskonzept zu entwickeln. Bis November 2013 wurden potentielle Bauherren zur Abgabe eines Angebots aufgefordert, was zu einer umfassenden Marktmobilisierung mit Angeboten von Unternehmen mit Hauptsitz in Australien, den USA, Kanada, dem arabischen Raum und dem europäischen Ausland führte. In Abstimmung mit der Freien und Hasenstadt Hamburg wurde das Konzept und Gebot von Unibail-Rodamco zur weiteren Verfolgung ausgewählt. Im April 2014 haben Groß & Partner und Propertize unter Beteiligung der FHH, vertreten durch die Hafencity Hamburg GmbH, die Verhandlungen aufgenommen.

**Die Pressemitteilung inklusive weiterer Downloads finden Sie online unter <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4421086/hafencity/>**

### **Pressekontakte:**

Hafencity Hamburg GmbH,  
Susanne Bühler,  
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Pressesprecherin  
Tel: 040 – 37 47 26 14,  
E-Mail: [buehler@hafencity.com](mailto:buehler@hafencity.com)

Senatskanzlei,  
Pressestelle des Senats  
Jörg Schmoll,  
Stellvertretender Sprecher des Senats  
Tel.: 040 – 428 31 22 41  
E-Mail: [joerg.schmoll@sk.hamburg.de](mailto:joerg.schmoll@sk.hamburg.de)

10. Dezember 2014/bwvi10

## Alsterufer wird zur Fahrradstraße

**Die Rahmenbedingungen für Mobilität haben sich verändert, Lärm und Abgase sind Dinge, die in den Metropolen eine hohe Relevanz haben. Auch und gerade im Verkehr. Keine leichte Aufgabe, für die es leider auch keine einfachen Lösungen gibt. Die Wahl des Verkehrsmittels ist eine freie Entscheidung des Einzelnen. Bei der Entscheidungsfindung kommt es auch auf das Angebot an. Der Senat möchte gute Angebote machen, Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos bieten. Mit dem ÖPNV-Angebot ist Hamburg sehr gut aufgestellt, mit den nach und nach entstehenden switchh-Stationen auf einem sehr guten Weg. Doch nicht nur der ÖPNV erfreut sich immer größerer Beliebtheit, auch die Fahrradnutzung nimmt stetig zu. Das ist erfreulich und der Senat unterstützt das mit seiner Radverkehrsstrategie.**

Viele Maßnahmen der letzten Monate und Jahre an Hamburger Straßen belegen das: es entstehen immer mehr Radfahrstreifen auf den Fahrbahnen, Kreuzungen sind im Interesse des Radverkehrs umgebaut worden, die Velorouten werden ausgebaut.

Rund um die Außenalster ist Hamburg heute schon Fahrradstadt. Mehr Räder als Autos bestimmen an einigen Abschnitten das Bild. Die Bürgerbeteiligung hat ergeben, dass sich die Bürgerinnen und Bürger hier eine Verbesserung für Radfahrer und Fußgänger wünschen. **Darum hat sich der Senat entschieden den Straßenraum an dieser Stelle neu zu ordnen. In nur 33 Arbeitstagen wurden am Harvestehuder Weg auf einer Länge von 1250 m 7.700 m<sup>2</sup> Fahrbahn erneuert und 1.400 m Bordkanten neu gesetzt. Die neue Fahrradstraße ist Teil der Veloroute 4.**

Staatsrat **Andreas Rieckhof** sagte bei der heutigen Eröffnung der 1,25 km langen Fahrradstraße am Harvestehuder Weg: „Wo der Druck am größten ist, müssen wir durch wirkungsvolle Schritte Verbesserungen umsetzen, wenn wir die Chance nutzen wollen, die ein „Mehr“ an Radverkehr bietet. Entlastung der Straßen nämlich mit allen positiven Begleiterscheinungen: weniger Stau, Lärm, Abgase. Mit der Einrichtung von Fahrradachsen, zu denen auch diese Fahrradstraße gehört, wollen wir den Verkehrsraum rund um die Alster neu aufteilen. So aufteilen, dass Fußgänger und Radfahrer ausreichend Platz haben und gleichzeitig der notwendige Autoverkehr möglich bleibt.“

### **Allgemeine Informationen zu Fahrradstraßen:**

Die Regelungen für Fahrradstraßen sind noch wenig bekannt. Wesentlich ist, dass die gesamte Fahrbahn wie ein "Radweg" ausgewiesen ist, so dass Radfahrer auch nebeneinander fahren dürfen. Autofahrer können als "Gäste" zugelassen werden, zum Beispiel, wenn sie Anlieger sind oder nur in einer Fahrtrichtung. Dies ist dann der Beschilderung zu entnehmen, die an Anfang und Ende der Fahrradstraße steht.

Besonders Autofahrer müssen also jeweils auch die Einbahnstraßen- oder Einfahrt-verboten-Zeichen beachten. Soweit nichts anderes beschildert ist, gilt in einer Fahrradstraße die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. In einer Fahrradstraße gelten die "normalen" Vorfahrtregeln. Wenn nicht anders beschildert, gilt somit auch in einer Fahrradstraße Rechts-vor-Links an Kreuzungen oder Einmündungen, natürlich auch für Radfahrer. Ansonsten gelten die jeweiligen Beschilderungen.

Ein Faltblatt zum Thema finden sie unter der folgenden Adresse zum Download:  
<http://www.hamburg.de/contentblob/3901488/data/fahrradstrassen-faltblatt.pdf>

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: [pressestelle@bwvi.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwvi.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwvi](http://www.hamburg.de/bwvi)

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH\\_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

12. Dezember 2014/bwvi12

## Hamburg ist immer eine Reise wert 25 Jahre Hamburg Tourismus GmbH

**Tourismus ist für die deutsche Volkswirtschaft von enormer Bedeutung. Aber auch weltweit wird der Wirtschaftsfaktor Tourismus zunehmend eine Rolle dabei spielen, die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Der Hamburger Senat schafft mit seiner Tourismuspolitik die richtigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Tourismuswirtschaft schaffen, damit sie im Wettbewerb bestehen können. Tourismus in Hamburg, in Deutschland und weltweit ist eine Erfolgsgeschichte. Die Branche hat eine hohe Bedeutung für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Hamburg.**

Im Jahr 2012 haben sich weltweit erstmals mehr als eine Milliarde Menschen auf eine touristische Reise ins Ausland begeben. Bis zum Jahr 2030 – so schätzt die Welttourismusorganisation (UNWTO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen – dürfte die Anzahl der Touristenankünfte weltweit sogar auf 1,8 Milliarden ansteigen. Und in Hamburg ist das Wachstum im Vergleich sogar überproportional. Daran hat niemand gedacht, als vor 25 Jahren zwei für das Tourismusmarketing in der Stadt verantwortliche Einrichtungen fusionierten. Das waren die von der Tourismusbranche getragene Fremdenverkehrszentrale Hamburg e.V. und die städtische Hamburg Information GmbH. Mit Gründung der HHT vor 25 Jahren wurde eine neue Ära im Hamburg-Tourismus eingeläutet: 1989 wurden 3,8 Mio. Übernachtungen gezählt, vor 10 Jahren waren es schon 5,4 Millionen, in diesem Jahr werden wir aller Voraussicht nach bei fast 12 Millionen landen. Die HHT hat sich heute zu einer der innovativsten Unternehmen der Branche entwickelt und gilt mit ihren vielfach preisgekrönten Produkten, wie zum Beispiel die Hamburg-Card, aber auch mit ihren Marketingkampagnen als Vorreiter von Schleswig-Holstein bis Bayern.

Senator Frank Horch sagte beim heutigen Senatsempfang: „Der Tourismus ist nicht nur einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren und Arbeitgeber in vielen Städten. Er ist zugleich wesentlicher Motor der Modernität. Nur wer den Gästen das Gefühl gibt, wirklich willkommen zu sein und die Chance eröffnet, an Vitalität und Vielfalt der besuchten Stadt teilzuhaben, kann nachhaltig Erfolg haben. Und das kann nur gelingen, wenn die Hamburgerinnen und Hamburger weiterhin ihre Gäste als Bereicherung und nicht als Belastung empfinden. Die Qualitäten, die eine Metropole touristisch reizvoll machen, sind mehr und mehr auch die Qualitäten, die sie für Fachkräfte, für Unternehmen, und nicht zuletzt für die Bewohnerinnen und Bewohner attraktiv gestalten. Und wir haben noch viel vor beim Ausbau dieser - nicht nur - touristischen Qualitäten: Das betrifft die Internationalität unserer Stadt, ihr Kulturangebot, ihre Angebote für gehandicapte Besucherinnen und Besucher und vieles mehr, von dem die Hamburgerinnen und Hamburger ebenso profitieren werden, wie ihre Gäste.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Suanne Meinecke, Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: [pressestelle@bwvi.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwvi.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwvi](http://www.hamburg.de/bwvi), Folgen Sie uns auf Twitter: @HH\_BWVI

## **HPA schafft mehr Platz für Großschiffe**

**Hamburg, 8. Dezember 2014** – Die Hamburg Port Authority (HPA) startet heute mit einem ersten Spatenstich am Tollerort offiziell mit den Arbeiten für die Anpassung Einfahrt Vorhafen.

Der Hamburger Hafen profitiert enorm von seiner zentralen Lage und den guten Verkehrsanbindungen. Eine hohe Dichte an Logistikunternehmen und kontinuierlich steigende Containerumschlagszahlen belegen das weltweit hohe Ansehen des Hamburger Hafens als zentrale Drehscheibe im Güterverkehr.

Durch die Lage am Hauptstrom der Norderelbe und die vorhandenen Ufergeometrien ergeben sich für den nördlichen Vorhafen besondere Strömungssituationen, die immer wieder Restriktionen für die Ein- und Ausfahrt großer Schiffe zur Folge haben. „Der heutige erste Spatenstich zur Anpassung der Einfahrt Vorhafen ist ein gutes Beispiel für eine Investition in die Zukunft des Hamburger Hafens“, sagt Wirtschaftssenator Frank Horch.

Das Aufkommen an Großschiffen wird in den kommenden Jahren aber weiter steigen und die Hafeninfrastuktur muss sich an die Anforderungen des modernen Hafenverkehrs anpassen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Hierzu gehört auch eine Optimierung der wasserseitigen Zufahrt zu den Umschlagsanlagen. Sie dient nicht nur der Effizienz, sondern auch der Sicherheit und Planbarkeit des Schiffsverkehrs. „Um den smartPORT weiter voran zu bringen ist es enorm wichtig, dass auch die physische Infrastruktur den Anforderungen gerecht wird. Das Projekt Anpassung Einfahrt Vorhafen wird dabei helfen, dass der Hamburger Hafen seine führende Rolle auch in Zukunft behält und Wachstumspotentiale langfristig nutzbar gemacht werden“, sagt Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der HPA.

Das Projekt Anpassung Einfahrt Vorhafen teilt sich in drei Baumaßnahmen: die ca. vier Hektar große Tollerortspitze wird zurückgebaut und der Kohlenschiffhafen wird mit den Aushubmassen des Rückbaus verfüllt. Parallel dazu wird das Uferbauwerk Tollerort mit einer 220 Meter langen Kaimauer neu gebaut und die bereits bestehende Kaimauer auf einer Länge von 90 Metern verstärkt. Abgeschlossen wird das Projekt durch die Sicherung des Lotsenhöfts, dessen Kaimauer auf der östlichen Seite des Vorhafens auf einer Länge von 160 Metern verstärkt wird.

Mit einer Vergrößerung der Zufahrt erweitern sich die nutzbaren Tide-Zeitfenster für das Ein- und Auslaufen großer Schiffe. Gleichzeitig werden die Bedingungen für die Ein- und Ausfahrt an die des westlichen Hafenbereichs angepasst. Außerdem vergrößert sich mit der Optimierung auch der Manövrierraum für große Schiffe, was zu einer Erhöhung der nautischen Sicherheit führt.

Mit dem Projekt der Anpassung Einfahrt Vorhafen verfolgt die HPA aber auch übergeordnete Ziele. So sorgt die Verfüllung des Kohlenschiffhafens für eine bedarfsgerechte und zeitnahe Bereitstellung neu geschaffener Hafenflächen. Durch die Schaffung neuer Warteplätze für Feederschiffe reduziert

sich das Aufkommen an Schiffsbewegungen und durch eine Vergrößerung der Verkehrsfläche können Schiffe einfacher und schneller manövrieren, was die Schiffemissionen nachhaltig reduziert. Die Kosten für das Gesamtprojekt betragen rund 98 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist für Anfang 2017 geplant.

#### **Technische Details:**

Vergrößerung des Manövrierraums:	ca. 4 Hektar
Bodenvolumen Rückbau:	ca. 1 Mio. m <sup>3</sup>
Uferbauwerk Tollerort:	
• Vorsetze Tollerort	ca. 220 Meter
• Anschlussbauwerk Europakai	ca. 90 Meter
Sicherungsbauwerk Lotsenhöft:	ca. 160 Meter

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr. [www.hamburg-port-authority.de](http://www.hamburg-port-authority.de)

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | [pressestelle@hpa.hamburg.de](mailto:pressestelle@hpa.hamburg.de)

10. Dezember 2014/bwf10

## Höchstdotierter deutscher Forschungspreis geht erneut an Hamburger Wissenschaftler

### Prof. Dr. Henry Chapman mit Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ausgezeichnet

**Der Hauptausschuss der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat heute in Bonn acht Wissenschaftlern den Leibniz-Preis 2015 zuerkannt. Der in Hamburg tätige Wissenschaftler Prof. Dr. Henry Chapman, wird für seine Leistungen im Bereich der Kurzzeit-Röntgenphysik geehrt. Er erhält ein Preisgeld in Höhe von 2,5 Millionen Euro.**

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Der Leibniz-Preis ist ein Ritterschlag für jeden Wissenschaftler. Mein herzlicher Glückwunsch gilt Prof. Dr. Henry Chapman, der den Preis für seine Forschung an freien Elektronenlasern zugesprochen bekommt. Mit ihm erhält wie im Vorjahr ein Wissenschaftler der Universität Hamburg diese besondere Auszeichnung. Der Leibniz-Preis ist auch Anerkennung für die exzellenten Forschungsbedingungen am Campus Bahrenfeld und die erfolgreiche Kooperation von DESY, Universität und Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg.“

#### **Begründung der Deutschen Forschungsgemeinschaft**

„Mit Henry N. Chapman erhält ein international hoch renommierter Forscher den Leibniz-Preis, der in der Röntgenphysik und biologischen Physik bahnbrechende Entwicklungsarbeit geleistet hat. Chapman forscht an freien Elektronenlasern (FEL), mit denen sich komplexe Moleküle mittels ultrakurzer und hoch brillanter Röntgenpulse untersuchen lassen. Dabei sind jedoch grundlegende Probleme zu überwinden, allen voran jenes, dass die verwendeten Proben durch die extrem hohe Intensität der Röntgenstrahlung innerhalb kürzester Zeit – mitunter in 10 Femtosekunden, also 0,000 000 000 001 Sekunden – zerstört werden. Henry Chapman entwickelte eine Methode, mit der er in Zusammenarbeit mit anderen Forschern erstmals innerhalb solcher kaum vorstellbarer Zeitspannen Beugungsbilder von Bio-Molekülen aufnehmen konnte, ehe die Proben verdampften. Bei dieser sogenannten seriellen Femtosekundenkristallografie (SFX) wird ein feiner Wasserstrahl mit winzigen Molekülproteinen mit dem freien Elektronenlaser gekreuzt. Die als „Abbildung vor Zerstörung“ („diffraction before destruction“) beinahe sprichwörtlich in die Fachwelt eingegangene Methode eröffnete den hochauflösenden Abbildungsverfahren in den Lebenswissenschaften völlig neue Möglichkeiten. Zugleich bahnte sie einen Weg zur Bestimmung der Struktur von Makromolekülen wie dem HI-Virus, die nicht kristallisiert werden können. Auf diese Weise konnte Chapman beispielsweise die Struktur eines Parasitenproteins aufklären, das die tropische Schlafkrankheit verursacht – was zugleich die Stärke des Physikers zeigte, wegweisende Methodenentwicklungen mit grundlegenden wissenschaftlichen Fragen zu verbinden.“

In Großbritannien 1967 geboren, studierte und promovierte Henry Chapman im australischen Melbourne. Nach seiner Promotion folgten Postdoc-Jahre an der dortigen Commonwealth Scientific

and Industrial Research Organization sowie in den USA, wo er zuletzt eine Arbeitsgruppe am renommierten Lawrence Livermore National Laboratory leitete. 2007 kam Chapman an das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) in Hamburg und wurde Gründungsdirektor des Centers for Free-Electron Laser Science (CFEL), einer gemeinsamen Einrichtung der Universität Hamburg, der Max-Planck-Gesellschaft und des DESY. Der Leibniz-Preis 2015 soll Chapman nicht zuletzt in die Lage versetzen, die noch größeren technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten der am DESY geplanten XFEL-Elektronenlaser-Anlage zu nutzen, die 2017 in Betrieb gehen soll.“

### **Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis**

Verliehen werden die Leibniz-Preise 2015 am 3. März 2015 in Berlin. Die Preisverleihung ist im kommenden Jahr Teil einer Reihe von Veranstaltungen, mit denen die größte Forschungsförderorganisation und zentrale Selbstverwaltungsorganisation für die Wissenschaft in Deutschland das 30-jährige Bestehen des „Gottfried Wilhelm Leibniz-Programms der DFG“ feiern will, in dessen Rahmen der Leibniz-Preis verliehen wird. Sein Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen herausragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verbessern und ihre Forschungsmöglichkeiten zu erweitern, sie von administrativem Arbeitsaufwand zu entlasten und ihnen die Beschäftigung besonders qualifizierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu ermöglichen. Für diese Zwecke kann ihnen für einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren ein Preisgeld von bis zu 2,5 Millionen Euro zugesprochen werden. Diese Mittel werden den Preisträgerinnen und Preisträgern ohne Antrag bewilligt; für den Einsatz der Mittel werden die weitestgehenden Freiheiten eingeräumt, die bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln möglich sind.

Pro Jahr können bis zu zehn Preise verliehen werden. Mit den acht Preisen für 2015 sind bislang insgesamt 328 Leibniz-Preise vergeben worden. Davon gingen 109 in die Naturwissenschaften, 96 in die Lebenswissenschaften, 73 in die Geistes- und Sozialwissenschaften und 50 in die Ingenieurwissenschaften. Da Preis und Preisgeld in Ausnahmefällen geteilt werden, ist die Zahl der Ausgezeichneten höher als die der Preise. Insgesamt haben bislang 354 Nominierte den Preis erhalten, 312 Wissenschaftler und 42 Wissenschaftlerinnen.

### **Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322,

E-Mail: [alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de](mailto:alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de)

8. Dezember 2014/kb08

## St. Maximilian Kolbe-Kirche hat eine Zukunft

### Das Wilhelmsburger Gotteshaus wird saniert und nicht abgerissen

**Die St. Maximilian Kolbe-Kirche in Hamburg-Wilhelmsburg bleibt als Gebäude erhalten. Die Kirche wird saniert und von den Maltesern zu einem Zentrum der Begegnung mit sozialen und kultursensiblen Angeboten umgewandelt. Das teilten das Erzbistum Hamburg, die Kulturbehörde und die Malteser am Montag, 8. Dezember, in einem gemeinsamen Pressegespräch in Hamburg-Wilhelmsburg mit.**

An der Finanzierung der 900.000 Euro teuren Außensanierung der Kirche beteiligen sich der Bund mit 400.000 Euro, das Denkmalschutzamt Hamburg mit 350.000 Euro, davon 100.000 Euro aus einer zweckgebundenen privaten Zuwendung an das Amt, und die Hamburger Stiftung Denkmalpflege mit 50.000 Euro. Das Erzbistum Hamburg engagiert sich mit 100.000 Euro.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „In monatelanger gemeinsamer Anstrengung vieler Beteiligten ist es gelungen, die Voraussetzungen zum Erhalt der St. Maximilian-Kolbe-Kirche zu schaffen. Der Bau von Jo Filke aus dem Jahr 1974 zählt als Beispiel der Spätmoderne zu den jüngsten und zugleich eindrucklichsten Denkmälern der Stadt. Mit ihrer markanten Spiralförmigkeit ist die Kirche ein wichtiges städtebauliches Wahrzeichen in Wilhelmsburg und zugleich ein sozialer Anker für das Quartier. Es ist ein schöner Erfolg, dass der Denkmalschutz mit seinem Werben für die Verträglichkeit von Kirchensanierung, Umnutzung und Erweiterung des Altenheims überzeugen und in einer gemeinsamen Anstrengung die notwendigen Mittel für die Grundsanierung mobilisiert werden konnten.“

**Geistlicher Rat Georg Bergner,** Erzbistum Hamburg: „Nach intensiven Verhandlungen sind wir zu einer Lösung gekommen, bei der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden konnten. Wir sind sehr froh, dass es dank gemeinsamer Anstrengungen gelungen ist, die Zukunft des Alten- und Pflegeheims St. Maximilian Kolbe zu sichern. Dies schien zunächst unvereinbar mit dem Erhalt des Kirchgebäudes. Für die Bewohner des Seniorenheims und die Pfarrgemeinde in Wilhelmsburg freut es mich, dass ein Gottesdienstraum in der Kirche erhalten bleibt und der Standort zudem durch weitere soziale Angebote der Malteser eine zusätzliche Ausstrahlung in den Stadtteil bekommen kann. Gemeinsam mit der Pfarrei St. Bonifatius, der katholischen Schule und der Kindertagesstätte sowie dem Krankenhaus Groß Sand bleibt die katholische Kirche stark auf der Elbinsel vertreten. Wir danken den Maltesern, dem Denkmalamt und der Pfarrei für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir sind zuversichtlich, dass einige noch offene Punkte bis zur Realisierung des Projektes in den nächsten Wochen gemeinsam gut gelöst werden können.“

Neue Eigentümerin der St. Maximilian-Kolbe Kirche ist die Malteser Norddeutschland gGmbH. **Geschäftsführer Klaus Deitmaring** zeigt sich über die umfassende Unterstützung des Bundes, der Stadt Hamburg, der Hamburger Stiftung Denkmalpflege und des Erzbistums Hamburg sichtlich erfreut: „Wir sind sehr dankbar für die vielseitige Unterstützung zum Erhalt der Kirche, sowohl in finanzieller als auch in ideeller Hinsicht. Die Betonfassade des auffälligen Spiralbaus kann nun fachgerecht saniert werden. Zusätzlich zu dem geplanten Innenausbau durch die Malteser erfährt der Innenraum des Kirchenbaus eine neue Nutzung. Die Malteser werden ihn in einen Raum für soziale und kultursensible Angebote umwandeln und diesen zukünftig für malteserspezifische Angebote, die den vielfältigen Bedürfnissen der alten wie jungen Wilhelmsburger entsprechen, nutzen. So werden insbesondere Bürger mit Migrationshintergrund z. B. durch das Angebot einer sozialpflegerischen Ausbildung mit kultursensibler Ausrichtung eine Unterstützung in der Pflege und Betreuung ihrer Familienangehörigen erhalten. Auch wird im Innenraum der Kirche eine kleine Kapelle für die Bewohner des in Malteser Trägerschaft befindlichen direkt benachbarten St. Maximilian-Kolbe Pflegeheims eingerichtet.“

#### **Rückfragen der Medien:**

Enno Isermann  
Pressestelle der Kulturbehörde  
Tel.: 040 / 428 24 – 207  
[enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

Andreas Herzig  
Erzbistum Hamburg  
Tel.: 0163 / 24 877 03  
[herzig@erzbistum-hamburg.de](mailto:herzig@erzbistum-hamburg.de)

12.12.2014/kb12

**MKG&G** MUSEUM FÜR  
KUNST UND GEWERBE  
HAMBURG

## **MKG erhält eine Million Euro für die Wiederherstellung der Historischen Turnhalle**

### **Museum gewinnt großzügigen Raum für Ausstellungen und Vermittlungsangebote**

**Das MKG macht im Jahr 2015 einen weiteren großen Schritt in die Zukunft. Die bauliche Entwicklung und die bisher so positiv aufgenommene inhaltliche Neuausrichtung werden durch die Reaktivierung der Historischen Turnhalle vorangetrieben. Dieser zentrale Ort wird somit wieder zum Mittelpunkt der Kommunikation und Vermittlung und ist damit ein Symbol für die Öffnung des ganzen Hauses im Sinne einer einladenden, besucherorientierten Nutzung. Die mit einer Million angesetzte Finanzierung des Projektes erfolgt durch eine großzügige Spende von Dr. Michael und Christel Otto in Höhe von 500.000 Euro. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus mit 300.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm V und die Stiftung Denkmalpflege Hamburg mit 200.000 Euro an der Wiederherstellung der historischen Gebäudestruktur.**

Der ehemals lichtdurchflutete monumentale Raum im Zentrum des 1876 als Schule konzipierten Gebäudes ist zurzeit nur in historischen Fotografien erfahrbar. In den 1950er Jahren wurde der höchste Raum des Hauses durch eine Betondecke geteilt, seitdem ist die Mittelachse verbaut und der großzügige Eindruck der Zweiflügelanlage verloren. Die beiden dadurch entstandenen Ausstellungsebenen sind nicht barrierefrei, der Besucherfluss ist erheblich beeinträchtigt. Durch die Entfernung der Zwischendecke wird dieser attraktive Raum wieder geöffnet und damit ein Beitrag im Sinne einer einladenden, besucherorientierten Nutzung des Hauses geleistet. Dieser abschließende Schritt zur Restrukturierung des MKG wird vom Denkmalschutz unterstützt und empfohlen. Die Sachverständigen bewerten das Gebäude als einzigartiges und ausdrucksstarkes Baudenkmal der deutschen Kunstgewerbebewegung des 19. Jahrhunderts und betonen die historische Verbindung von Schule und Museum. Als einziges Museum seiner Art residiert das MKG noch heute in seinem angestammten Haus, dem mit dem Umbau wichtige Impulse für die Zukunft eines aktiven Museums gegeben werden. Mit der für November 2015 geplanten Fertigstellung der Historischen Turnhalle wird die 2009 begonnene Neuausrichtung des MKG abgeschlossen.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Das MKG ist nach dem Abschluss der Sanierungsarbeiten in 2012 durch die attraktive Neueinrichtung seiner Dauerausstellungen und interessante wie ambitionierte Sonderausstellungen innerhalb kurzer Zeit wieder an die Spitze der Hamburger

Museumslandschaft gerückt. Mit der Wiederherstellung der historischen Turnhalle wird das MKG seinen erfolgreichen Weg der letzten Jahre fortführen und noch stärker zu einem offenen Ort des Austausches werden. Als Kultursenatorin freue ich mich besonders, dass es dem MKG mit der Wiederherstellung der Turnhalle gelingt, sich durch eine bauliche Rückbesinnung auf seine historischen Wurzeln für die Zukunft zu rüsten.“

**Dr. Michael Otto**, Unternehmer und Aufsichtsratsvorsitzender der Otto Group: „Die historische Turnhalle wird künftig wieder zentraler Ausgangspunkt des Gebäudes werden und dem Museum eine neue Attraktivität verleihen. Meine Frau und ich sind begeistert und freuen uns, dieses Projekt unterstützen zu können.“

**Prof. Dr. Sabine Schulze**, Direktorin des MKG: „Ein Museum und eine Schule haben viel gemeinsam: Es gibt Orte der Betrachtung, des vertiefenden Lernens, und es gibt Räume für Begegnung und Kommunikation. In diesem Sinne fühlen wir uns dem Auftrag der Gründer – Justus Brinckmann mit vielen engagierten Hamburger Bürgern –, ein publikumsorientiertes Haus zu sein, sehr verpflichtet. Ich freue mich sehr, dass wir nun das Herzstück des Hauses für die heutigen Anforderungen einer lebendigen Museumsarbeit öffnen können.“

**Johannes Kahrs**, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und *Berichterstatter* für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss: „Die Wiederherstellung der alten Turnhalle ist neben der Grundsanierung des Eingangsbereiches ein weiteres Highlight. Ich empfehle den Besuch des Hauses uneingeschränkt.“

**Rüdiger Kruse**, Hauptberichterstatter für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages: „Bei diesem Projekt greifen öffentliches und privates Engagement aufs Beste ineinander. So sieht idealtypisch das deutsche Modell der Kulturförderung aus.“

**Hans Heinrich Bethge**, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Denkmalpflege Hamburg: „Mit dem geplanten Rückbau erfolgt die Wiederherstellung der alten Raumstruktur von 1877, so dass die ursprüngliche Nutzung des Gebäudes als Schule wieder erfahrbar wird. Zugleich gewinnt das MKG dadurch einen für das gesamte Haus wichtigen zentralen und großzügigen Raum im Herzen des Gebäudes für das Publikum zurück.“

Das MKG hat sich in den letzten Jahren gewandelt, neue Themen und Projekte ziehen auch junges Publikum an, die zeitgemäß präsentierten Sammlungen finden breites Interesse und die offene, großzügige Architektur, die durch die Rückgewinnung historischer Bausubstanz in den vergangenen Jahren erreicht wurde, begeistert. So ist es in den letzten Jahren gelungen, das Haus wirkungsvoll zu modernisieren. Damit erweist es sich als perfekter Ort für die von der Antike bis in die Gegenwart reichenden und kulturenübergreifenden Sammlungen. Die Historische Turnhalle im Zentrum des Gebäudes ist durch Fotografien als helle, monumentale Halle überliefert. Schon Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Raum als Sonderausstellungsfläche genutzt. In Zukunft soll ein prominenter Ort entstehen, der den Besucher empfängt und vorbereitet auf die Themen und Schwerpunkte der Sammlungen und Ausstellungsprojekte.

Dem Ehepaar Dr. Michael und Christel Otto ist das Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg zu besonderem Dank verpflichtet. Mit ihrer überaus großzügigen Spende schließen sie sich dem Reigen

der Saalpaten und Förderer an, die dem MKG eine zeitgemäße Neueinrichtung der Sammlungsräume ermöglicht haben.

Die Mitglieder des Bundestags Johannes Kahrs und Rüdiger Kruse haben sich mit hohem persönlichem Engagement dafür eingesetzt, dass das MKG Mittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm V der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhält. Die Stiftung Denkmalpflege Hamburg hat sich in den letzten Jahren für verschiedene Projekte engagiert, durch die historische Bausubstanz zurückgewonnen und damit das Museum in seiner heutigen Funktion gestärkt werden konnte.

Mit dieser konzertierten Finanzierung kann endlich die Wiederherstellung der zentralen Mittelachse mit einem barrierefreien Zugang zu den Sammlungen in Angriff genommen werden.

Diese für den Charakter des Hauses entscheidende Bauaufgabe wurde von der aktuellen Museumsleitung seit mehreren Jahren verfolgt und vom Stiftungsrat mitgetragen. Die Pläne zur Wiederherstellung der Historischen Turnhalle werden von den Sachverständigen des Denkmalschutzamtes Hamburg und der Stiftung Denkmalpflege Hamburg nachdrücklich unterstützt und begleitet. Die mit der Maßnahme beauftragten Architekten Kleffel Papay Warncke haben eine Expertise für das Thema „Bauen im Bestand“ und für die architektonische Sanierung von Museen. Ihre letzte Referenz ist das im Oktober 2014 wiedereröffnete Hessische Landesmuseum Darmstadt. An diese Erfahrung möchte das MKG mit der Reaktivierung der Historischen Turnhalle anknüpfen.

Das Engagement Hamburger Bürger für das Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg hat eine lange Tradition. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die große Schenkung von zehn Millionen DM für Umbaumaßnahmen und Verbesserungsprojekte von Harold Hartog (1910-2007). Mit diesen Mitteln wurde die Erschließung des Mitteltrakts wirkungsvoll begonnen. Zwischen 2000 und 2006 wurden das Souterrain mit Anbindung an den Neubau, die Terrassenanlage zum Spiegelsaal sowie die Direktions- und Verwaltungsräume, Sanitäranlagen und Schließfächer eingerichtet beziehungsweise erschlossen und für den Publikumsverkehr gewonnen. Die heute in Angriff genommenen Maßnahmen verstehen sich als Fortschreibung dieser Maßnahmen, die den heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit und verantwortungsvollem Umgang mit Energie Rechnung tragen. Damit steht die Wiederherstellung der Historischen Turnhalle im Geiste des Mäzens Harold Hartog, dessen erklärter Wunsch es war, dass „das Museum für Kunst und Gewerbe zu den bedeutendsten seiner Art auf der Welt gehört“. Meilensteine auf dem Weg zu diesem Ziel waren schon 2009 die von der Justus Brinckmann Gesellschaft maßgeblich finanzierte Öffnung des Portals zu den Gleisen und 2010 die Erschließung des Hauptfoyers durch die Hermann Reemtsma Stiftung.

Die anstehenden Baumaßnahmen bedeuten auch eine große Chance für die Wissenschaftler am MKG, einen weiteren Sammlungsbereich neu zu konzipieren. Das Museum besitzt eine weltweit beachtete Keramik- und Porzellansammlung, die schon auf den „furor ceramicus“ des Gründungsdirektors Justus Brinckmann (1877-1915) zurückgeht. Diese kostbaren Bestände werden 2016 mit einer kulturübergreifenden Fokussierung an einem prominenten Ort im Haus neu aufgestellt, die sich in den Rahmen der gesamten Neupräsentation der Sammlungen fügt. Ausgehend von der europäischen Keramik soll ein sternförmiger Blick auf Vorläufer und Parallelen gerichtet werden, so dass die Spannweite der hochkarätigen Kollektion von der Antike bis zur Gegenwart gezeigt werden

kann. An zentraler Position im Parcours sollen Unterschiede, Gemeinsamkeiten und wechselseitige kulturelle Einflüsse deutlich werden. Damit wird die geplante Neuaufstellung nicht nur Objekte aus Europa, sondern auch aus China und aus dem islamisch geprägten Kulturkreis mit einbeziehen und damit die Vielfalt der Kulturen als besondere Qualität des Museums für Kunst und Gewerbe Hamburg programmatisch spiegeln. Zur Diskussion dieses neuen Konzepts wird die Justus Brinckmann Gesellschaft 2015 zu einem Gespräch einladen.

**Rückfragen der Medien:**

Enno Isermann  
Pressestelle der Kulturbehörde  
Tel.: 040 / 428 24 – 207  
[enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

Michaela Hille  
Pressestelle MKG  
Tel.: +49 40 428134-800  
E-Mail: [presse@mkg-hamburg.de](mailto:presse@mkg-hamburg.de)

## PRESSEMITTEILUNG

10. Dezember 2014/DS10

# Transparenz ist Teilhabe, Teilhabe ist Demokratie

## 29. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten Deutschlands in Hamburg

Am gestrigen Dienstag fand in Hamburg die 29. Konferenz der Informationsfreiheits-beauftragten Deutschlands (IFK) statt. Unter dem Vorsitz des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit tagten die Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder. Dabei waren jedoch nicht alle Bundesländer vertreten, denn es gibt nach wie vor Länder ohne Informationsfreiheitsgesetz. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Bundesländer können von einem voraussetzungslosen Zugang zu Akten der Verwaltung bislang nur träumen. Der Gedanke der transparenten Verwaltung setzt sich aber letztlich durch. Manche Länder entwickeln bereits Transparenzgesetze nach Hamburger Vorbild. Aber auch dort, wo bereits Informationsfreiheits- oder Transparenzgesetze vorliegen, besteht ein stetiger Bedarf an Weiterentwicklung und Anpassung. Das spiegelt sich auch in den Entschlüssen wider, die von der 29. IFK verabschiedet wurden:

### **Mehr Transparenz bei technischen Ermittlungsmethoden**

In den vergangenen Jahren wurden die Ermittlungsbefugnisse für Polizeibehörden, Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste kontinuierlich ausgeweitet. Ihnen steht nun ein beträchtliches Arsenal unterschiedlich technischer Maßnahmen zur Verfügung (zum Beispiel Funkzellenabfragen, IMSI-Catcher, Telekommunikationsüberwachung und Verkehrsdatenerhebung), ohne dass die Transparenz dieser Maßnahmen sichergestellt ist. Für einige Maßnahmen, zum Beispiel die Bestandsdatenabfrage von Telekommunikationsteilnehmern, bestehen keinerlei Berichtspflichten. Bei Funkzellenabfragen zu Strafverfolgungszwecken lassen die bestehenden Berichtspflichten keine hinlänglichen Erkenntnisse über das Ausmaß der Überwachung und insbesondere die Zahl der Betroffenen zu. Hierbei ist nicht erkennbar, dass von einer einzelnen gerichtlichen Anordnung auch tausende unbescholtene Bürgerinnen und Bürger betroffen sein können. Die IFK fordert die Gesetzgeber des Bundes und der Länder daher auf, die bestehenden Verpflichtungen zur Erstellung und Veröffentlichung von Statistiken auf alle Maßnahmen im Rahmen verdeckter Ermittlungsmethoden auszudehnen und sie durch die Angabe der Anzahl der Betroffenen so aussagekräftig zu gestalten, dass sich der Effekt auf die Bevölkerung klar erkennen lässt.

Die Transparenz der Arbeit von Sicherheitsbehörden ist Voraussetzung für eine effiziente demokratische Kontrolle und Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des staatlichen Eingriffshandelns. Sie schafft letztlich auch eine unabdingbare Wissensgrundlage für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihren Rechtsstaat.

## **Unabhängige und effektive Informationsfreiheitsaufsicht unabdingbar!**

Der Bundes- bzw. den Landesbeauftragten für Informationsfreiheit wurde gesetzlich die Aufgabe eines „außergerichtlichen Streitschlichters“ im Bereich des Informationsfreiheitsrechts übertragen. In dieser Funktion kontrollieren sie die Anwendung der Informationsfreiheitsgesetze, vermitteln in Streitfällen und wirken auf die Einhaltung des geltenden Rechts hin. Dies gilt jedoch nur für die Einhaltung des allgemeinen Informationsfreiheitsrechts, nicht aber für die besonderen Informationszugangsrechte, wie z.B. nach dem Umwelt- oder dem Verbraucherinformationsrecht. Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass ihr Informationsanliegen von den Informationsfreiheitsbeauftragten umfassend geprüft wird. Mangels umfassender Kontroll- und Beratungszuständigkeit ist dies jedoch zu häufig nicht der Fall. Die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten fordert daher die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, sofern noch nicht geschehen, die Kontroll- und Beratungskompetenzen der Informationsfreiheitsbeauftragten um das Umwelt- und das Verbraucherinformationsrecht zu erweitern und die Informationsfreiheitsbeauftragten mit ausreichenden personellen und sachlichen Mitteln auszustatten, damit sie ihren gesetzlichen Kontroll- und Beratungsaufgaben nachkommen können.

### **Open Data muss in Deutschland Standard werden!**

Die Bundesregierung hat nicht nur wesentliche Regierungsprogramme zur Digitalisierung der Verwaltung auf den Weg gebracht, sondern mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“, der „Digitalen Verwaltung 2020“ und dem „Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der G8 Open-Data-Charta“ auch Open- und E-Government in der Bundesverwaltung etabliert. Neben der Einführung werden unter anderem die elektronische Verwaltungsakte und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern eingeführt. Außerdem werden sogenannte Open-Data-Ansprechpartner in den Behörden geschaffen. Die IFK fordert in diesem Zusammenhang die Länder auf, die Zusammenarbeit mit dem Bund zu verstärken und ebenfalls, soweit noch nicht geschehen, eine E- und Open-Government-Strategie zu entwickeln. Es gilt jetzt, die Regierungsprogramme zügig in die Tat umzusetzen und insbesondere gesetzlich verpflichtende Open-Data-Regelungen in Deutschland zu schaffen.

„Die auf der IFK in Hamburg behandelten Themen zeigen die gesamte Bandbreite aktueller Entwicklungen der Informationsfreiheit. Gerade die Berichte über massenhafte anlasslose geheimdienstliche Überwachungen haben dem Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat massiv geschadet. Dieser Entwicklung gilt es entschieden entgegenzutreten, indem die Arbeit der Sicherheitsbehörden künftig stärker dem Transparenzprinzip unterworfen wird. Darüber hinaus muss eine unabhängige Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und die konsequente Weiterentwicklung der Informationsfreiheit von einer Hol- zur Bringschuld sichergestellt werden. Bürgerinnen und Bürger treten nicht als Bittsteller auf, sondern sind der Souverän, dem wir als Verwaltung Auskunft schulden“, so Johannes Caspar, diesjähriger Vorsitzender der IFK und Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Die Entschlüsse der 29. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten stehen unter [www.datenschutz-hamburg.de](http://www.datenschutz-hamburg.de) als PDF-Dateien zur Verfügung.

### **Pressekontakt/Rückfragen:**

Arne Gerhards, Tel. 040/42854-4153

Die **Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland (IFK)** ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Informationsfreiheitsbeauftragten. Mitglieder sind die Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder, in denen es Informationsfreiheitsgesetze gibt. Momentan umfasst die IFK neben der Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit die Informationsfreiheitsbeauftragten aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Vertreter aus Baden-Württemberg und Niedersachsen sind als Gäste eingeladen, da dort jeweils zeitnah Informationsfreiheitsgesetze erlassen werden sollen. Die IFK tagt zweimal jährlich unter turnusmäßig wechselndem Vorsitz. Sie

## PRESSEMITTEILUNG

11. Dezember 2014/ds11

### **EuGH stärkt den Datenschutz**

#### **EU-Datenschutzrichtlinie auch auf privat betriebene Überwachungskameras mit Ausrichtung auf den öffentlichen Straßenraum anwendbar**

Erneut hat der Europäische Gerichtshof nach seinen wegweisenden Urteilen zur Vorratsdatenspeicherung sowie zum Recht auf Löschung von Links in Suchmaschinen für eine Stärkung des Datenschutzes gesorgt. Im heutigen Urteil ging es um die Frage, ob das private Betreiben von Überwachungskameras, die auch auf den öffentlichen Straßenraum zum Schutz des Hauses und des Eigentums sowie der Gesundheit und des Lebens der Bewohner gerichtet sind, unter die EU-Datenschutzrichtlinie fällt. Dabei hatte das Gericht zu prüfen, ob die Ausnahmeregelung, wonach das Datenschutzrecht auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die von einer natürlichen Person zur Ausübung ausschließlich für persönliche oder familiäre Tätigkeiten vorgenommen wird, im Ausgangsfall Anwendung findet.

Der EuGH hat diese „Haushaltsklausel“ eng ausgelegt. Im Lichte des Grundrechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens kann eine Videoüberwachung mit kontinuierlicher Speichervorrichtung nicht als ausschließlich persönliche oder familiäre Tätigkeit angesehen werden. Entscheidend ist bei der Ausnahmeklausel darauf abzustellen, ob die Tätigkeit in der ausschließlich persönlichen oder familiären Sphäre desjenigen vorgenommen wird, der die Daten verarbeitet.

Dabei ist eine Videoüberwachung des öffentlichen Straßenraums durch private Stellen und Privatpersonen aber auch nach diesem Urteil nicht per se unzulässig. Das berechtigte Interesse der Betreiber von Videoüberwachungstechnik ist gegenüber den Rechten Betroffener abzuwägen. Eine Videoüberwachung des öffentlichen Straßenraums kann daher insbesondere bei besonders gefährdeten Objekten unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach wie vor zulässig sein. Die geübte Praxis der Datenschutzaufsichtsbehörden in Deutschland wird damit bestätigt.

„Das Urteil ist mit Nachdruck zu begrüßen. Eine Ausnahme von der Geltung der Datenschutzbestimmungen für diese Fallgruppe hätte massive Konsequenzen für den Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts nach sich gezogen. Nun ist geklärt, dass nicht nur private Personen mit Videokameras der datenschutzrechtlichen Beschränkung und Kontrolle bei der Aufzeichnung von Bildern aus dem öffentlichen Raum unterliegen. Dies gilt auch für Kameras, die zum Zwecke der Beweissicherung in privaten Kfz als sogenannte Dash Cams betrieben werden. Einer pauschalen Legalisierung der privaten Videoüberwachung im Zuge einer massenhaften Verbreitung digitaler Technologien wird damit der Riegel vorgeschoben. Das Urteil muss insbesondere auch beim Einsatz von Drohnen zu privaten Zwecken Beachtung finden.“

**Pressekontakt/ Rückfragen:**

Arne Gerhards

Tel.: 040/42854-4153

E-Mail: [presse@datenschutz.hamburg.de](mailto:presse@datenschutz.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 15. Dezember bis 19. Dezember 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 15.12.2014

- 14:00** Diakonisches Werk, Königstraße 54  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet die **BGV-Fachtagung „Pflegebedürftig im Quartier“** mit einem Grußwort.
- 20:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz  
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht das **4. Philharmonische Konzert „Berezovsky – Steinberg“**, gespielt von Boris Berezovsky.

### Dienstag, den 16.12.2014

- 12:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Generalkonsul der Italienischen Republik, Dr. Flavio Rodillo**, zum Antrittsbesuch.
- 18:15** Hafencity-Universität, Überseeallee 16  
Staatsrat Michael Sachs nimmt am **Kolloquium „Immobilien und Stadt“** teil und spricht zum Thema: **Herausforderungen für Wohnungsbau und Stadtentwicklung – wo steht Hamburg?**
- 18:30** Berlin, Botschaft der Republik Nicaragua, Joachim-Karnatz-Allee 45  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung der **Botschafterin der Republik Nicaragua, Karla Luzette Beteta Brenes**, am **Jahresempfang 2014** teil.
- 19:00** Junges Schauspielhaus, Gaußstraße 190  
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht eine **Vorstellung von „Supergute Tage“**

### Mittwoch, den 17.12.2014

- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39  
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht eine **Vorstellung von „2071“**.

### Donnerstag, den 18.12.2014

- 10:00** Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt an einem **Gespräch mit Bürgermeistern und Landräten aus der Metropolregion** teil.
- 11:00** ZSG Horn, Horner Landstraße 302-304  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung des Zentrums für Seelische Gesundheit** ein Grußwort.
- 12:00** Aula der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Berliner Tor 21  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht zum **Start der Innovationslinie 109 der Hamburger Hochbahn AG** ein Grußwort und nimmt mit Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Frank Horch und Staatsrat Andreas Rieckhof an der

anschließenden **Präsentation auf dem Elektrobusterminal (ZOB)** teil.

- 13:00** Campus Bahrenfeld, Luruper Chaussee  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Spatenstichs zum Neubau des Center for Hybrid Nanostructures (CHYN)** ein Grußwort.
- 14:00** Café mit Herz, Seewartenstraße 10  
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Weihnachtsfeier des Café mit Herz** ein Grußwort.
- 19:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senator Michael Neumann hält beim Senatsempfang anlässlich der **Ehrung von Funktionärinnen und Funktionären des Sports und Verleihung des Ehrenpreises für hervorragende sportliche Erfolge** eine Rede.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter der Französischen Republik, Philippe Noël Marie Marc Etienne, zum Antrittsbesuch.**
- Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

**Freitag, den 19.12.2014**

- 09:30** Berlin, Bundestag  
Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **929. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 11:00** Evangelische Stiftung Alsterdorf, Alsterdorfer Markt  
Senator Frank Horch spricht beim **Festakt zur Namensgebung für Hamburgs erste konsequent barrierefreie Sporthalle.**